

2024-2
Policy Paper

DIE MIGRATIONSPOLITIK DER RECHTSPOPULISTEN

EINE VERGLEICHENDE ANALYSE DER WAHLPROGRAMME

**OLIVIERO ANGELI, MARIANA S. MENDES
UND STEVEN SCHÄLLER**

Zitiervorschlag:

Angeli, Oliviero / Mendes, Mariana S. / Schäller, Steven 2024: Die Migrationspolitik der Rechtspopulisten: Eine vergleichende Analyse der Wahlprogramme. MIDEM-Policy Paper 2024-2, Dresden.

INHALTSVERZEICHNIS

| | | |
|----------|------------------------------------------------------|----|
| | ZUSAMMENFASSUNG | 4 |
| 1 | EINLEITUNG | 4 |
| 2 | DIE PARTEIEN | 6 |
| 3 | VERGLEICH DER MIGRATIONSPOLITISCHEN PROGRAMME | 13 |
| 4 | ERGEBNISSE | 22 |
| | LITERATURVERZEICHNIS | 24 |
| | AUTORIN UND AUTOREN | 28 |
| | IMPRESSUM | 29 |

ZUSAMMENFASSUNG

Dieses Policy Paper untersucht die migrationspolitischen Positionen von sechs europäischen rechtspopulistischen Parteien anhand einer Analyse ihrer jüngsten Wahlprogramme. Die Ergebnisse zeigen, dass die AfD, obwohl oft als radikalste Partei wahrgenommen, in ihren Wahlprogrammen nicht immer radikaler ist als andere rechtspopulistische Parteien wie der Rassemblement National (RN). Trotz der Bemühungen des RN, gemäßigter aufzutreten, stimmen dessen Positionen in vielen Punkten mit denen der AfD überein und gehen teilweise sogar noch darüber hinaus. Auch die FPÖ und die VOX vertreten stark souveränistische und zum Teil radikale Ansichten, wobei ihre Positionen oft sehr vereinfacht und wenig differenziert zu sein scheinen. Die beiden einzigen rechtspopulistischen Parteien in Regierungsverantwortung, die italienische Lega und die Fratelli d'Italia (FdI), haben in letzter Zeit weniger extreme Positionen zu Migrationsfragen eingenommen. Vor allem die FdI hat sich zunehmend der Migrationspolitik der Mainstream-Rechten angenähert. Insgesamt eint die rechtspopulistischen Parteien ihre Ausrichtung auf die Externalisierung der Asylpolitik, die Erhöhung der Abschieberaten und die Verschärfung der Grenzkontrollen, auch unter Inkaufnahme eines Bruchs mit europäischen und internationalen Rechtsnormen.

1. EINLEITUNG

Migration ist in Westeuropa bereits seit langem eines der zentralen Themen, die von rechtspopulistischen Parteien zur Mobilisierung genutzt werden (MIDEM 2018; Dennison/Geddes 2019). Die Forschung hat gezeigt, dass diese Parteien eine entscheidende Rolle bei der Politisierung von Migration spielen und sie daher auch in der Wahrnehmung der Wählerschaft häufig mit dem Thema Migration in Verbindung gebracht werden (Gessler/Hunger 2021; Walgrave et al. 2012). Obwohl rechtspopulistische Parteien in ihren Wahlprogrammen in manchen Hinsichten unterschiedliche Positionen beziehen, treten sie in der Migrationspolitik in der Regel geschlossen auf: Migration wird als negatives Phänomen behandelt, der mit restriktiven Maßnahmen zu begegnen sei (Ivarsflaten 2008; Hutter/Kriesi 2022). Viele dieser Parteien forderten beispielsweise den Austritt aus dem *Global Compact for Migration* sowie einfachere und schnellere Abschiebeverfahren. Wenn rechtspopulistische Parteien jedoch in Regierungsverantwortung kommen oder sich darauf vorbereiten, zeichnet sich häufig eine Spaltung zwischen pragmatischen und extremistischen Akteuren ab. Parteien wie die Fratelli d'Italia (FdI) etwa haben in jüngster Zeit ihre migrationspolitische Rhetorik gemäßigt, um weniger radikal zu erscheinen und um sich als verantwortungsbewusste Regierungspartei zu positionieren. Im Gegensatz dazu halten andere rechtspopulistische Parteien an radikalen Migrationsbotschaften fest, um sich in einwanderungsfeindlichen Kreisen auch weiterhin als führende Stimme zu behaupten.

Diese Spaltung in der Parteienfamilie der europäischen Rechtspopulisten wurde Anfang des Jahres besonders deutlich, als eine journalistische Recherche enthüllte, dass Politiker der Alternative für Deutschland (AfD) an einem geheimen Treffen teilgenommen hatten. Bei diesem Treffen diskutierten Vertreter rechtsextremistischer Bewegungen unter anderem Pläne zur massenhaften Abschiebung oder „Remigration“ von Millionen

Menschen, darunter auch anerkannte Asylbewerberinnen und Asylbewerber und deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund (Bensmann et al. 2024). Diese Enthüllungen lösten nicht nur Kritik von etablierten Parteien aus, sondern auch innerhalb der gleichen Fraktion im Europäischen Parlament (Identität und Demokratie [ID]). Parteien wie der Rassemblement National (RN) distanzieren sich öffentlich von den radikalen Positionen der AfD. Marine Le Pen, die Vorsitzende des RN, soll Berichten zufolge gefordert haben, dass „Remigration“ nicht ins Wahlprogramm der AfD zur Europawahl 2024 aufgenommen werde (Wiegel 2024). Die anhaltenden Kontroversen und weitere Skandale führten schließlich zum Ausschluss der AfD aus der ID-Fraktion (Wiegel et al. 2024).

Solche Fälle könnten als strategische Manöver von Parteien interpretiert werden, die im Vorfeld nationaler Wahlen versuchen, gemäßigter und annehmbarer zu erscheinen. Es ist jedoch unklar, ob es innerhalb des rechtspopulistischen Spektrums echte programmatische Spaltungen gibt. Diese Parteien werden tendenziell als homogen in ihrer einwanderungsfeindlichen Haltung wahrgenommen. Gleichzeitig mangelt es an Studien, die über die Analyse von Diskursen hinausgehen und die konkreten politischen Vorschläge der Parteien untersuchen. Unsere Studie soll diese Lücke schließen, indem sie die migrationspolitischen Vorschläge ausgewählter rechtspopulistischer Parteien untersucht und vergleicht. Dabei gehen wir mehreren zentralen Fragen nach: Gibt es tatsächlich eine programmatische Kluft zwischen den rechtspopulistischen Parteien? Sind Parteien, die sich einen gemäßigteren, seriöseren Anstrich geben wollen, wie der Rassemblement National oder die Fratelli d'Italia, tatsächlich weniger radikal in ihren politischen Vorschlägen? In welchen konkreten Punkten ihrer Vorschläge zur Migrationspolitik unterscheiden sich diese Parteien?

Um diese Fragen zu beantworten, untersuchen wir die jüngsten Wahlprogramme, insbesondere die der letzten nationalen Wahlen und der EU-Wahlen 2024.¹ Einleitend ist darauf hinzuweisen, dass Vertreter der rechts-extremen und rechtspopulistischen Szene in anderen Kommunikationsformen, insbesondere in den sozialen Medien und in öffentlichen Reden, zum Teil deutlich extremere Positionen zur Migration vertreten, die weit über das hinausgehen, was in Wahlprogrammen zu finden ist. So forderte die Fraktionsvorsitzende der AfD, Alice Weidel, nach der tödlichen Messerattacke eines Syrers am 23. August 2024 in Solingen über soziale Medien ein „Moratorium“ sowie einen „Einwanderungs-, Aufnahme- und Einbürgerungsstopp für mindestens fünf Jahre“. Dabei unterstrich sie, dass „Personengruppen mit hoher Kriminalitätsbelastung – insbesondere sich illegal in Deutschland aufhaltende Afghanen, Syrer und Iraker – abgeschoben werden sollten“ (Weidel 26. August 2024). Diese Forderungen verdeutlichen auch, wie toxisch und polarisierend Sprache in solchen weniger formellen Kontexten oft ist. Sie zielt darauf ab, das Thema Migration weiter zu dramatisieren und einwanderungsfeindliche Teile der Bevölkerung zu mobilisieren (Maurer et al. 2023).² Gleichwohl haben wir uns entschieden, den Fokus auf Wahlprogramme zu legen, da sie die politischen Positionen einer Partei verbindlich darstellen. Wahlprogramme sind in der Regel sorgfältig ausgearbeitete Dokumente, die die Politikziele einer Partei benennen, eine formale Verpflichtung gegenüber der Wählerschaft darstellen und eine Rechenschaftsfunktion erfüllen. Darüber hinaus dienen Wahlprogramme zumeist auch als Grundlage für eine mögliche Regierungsarbeit. Entgegen der weit verbreiteten Annahme, Parteien würden die meisten ihrer Versprechen nicht einhalten, haben Untersuchungen gezeigt, dass sie sich tatsächlich bemühen, eine beträchtliche Anzahl ihrer Versprechen aus den Wahlprogrammen umzusetzen (Thomson et al. 2017).

Der Fokus der Analyse richtet sich auf die Wahlversprechen zu den wesentlichen Aspekten des Einwanderungsregimes eines Landes, d.h. etwa auf jene Maßnahmen, die sich auf die Einreise und den Aufenthalt von Nicht-Staatsangehörigen auswirken. Politische Maßnahmen, die sich ausschließlich auf die Integration jener Ausländer beziehen, die sich bereits in einem Land aufhalten, werden nicht in die Analyse einbezogen. Gegenstand der Analyse sind allein konkrete Wahlversprechen, die auch in tatsächliche politische Maßnahmen umgesetzt werden können. Unter einem Wahlversprechen verstehen wir eine Aussage, die eine Partei zu einer spezifischen und über-

prüfbar Handlung oder einem entsprechenden Ergebnis verpflichtet (Thomson et al. 2017). Das bedeutet, dass eine Aussage dann als Wahlversprechen gilt, wenn es möglich ist, ihre (auch nur hypothetische) Erfüllung zu bestimmen. Mit anderen Worten: Vage Aussagen, wie etwa „Wir wollen die Zuwanderung kontrollieren“, scheiden aus der Analyse aus, da nicht objektiv bestimmbar ist, was damit tatsächlich gemeint ist bzw. was die Umsetzung dieses Versprechens genau zur Folge hätte.

Zunächst werden die einzelnen politischen Wahlversprechen aus den Parteiprogrammen herausgearbeitet und verschiedenen Politikfeldern zugeordnet. Auf diese Weise kann auch beurteilt werden, welchen dieser Felder die größte Aufmerksamkeit durch die rechtspopulistischen Parteien gewidmet wird. Die Wahlversprechen werden daneben nach dem Grad ihrer Restriktivität kategorisiert: solche, die lediglich bestehende Regelungen verschärfen, und solche, die den bestehenden Rechtsrahmen deutlich verändern und dabei die Rechte von Migrantinnen und Migranten erheblich einschränken.³

Anlass für dieses Policy Paper war die Beobachtung, dass insbesondere die AfD im Vergleich zu ihren europäischen Pendanten häufig als radikaler wahrgenommen wird. Dabei beruhen solche Einschätzungen weder auf einer konkreten empirischen Grundlage, noch konnten sie durch eine vergleichende Analyse der politischen Programme der verschiedenen Parteien untermauert werden. Vor diesem Hintergrund haben wir uns dazu entschieden, die migrationspolitischen Programme von sechs rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa zu analysieren. Parteien aus Mittel- und Osteuropa wurden in dieser Untersuchung nicht berücksichtigt, da ihre Wahlprogramme Migration selten einmal ausführlich behandeln oder konkrete Politikvorschläge machen. Dieses Phänomen ist vermutlich auf das West-Ost-Gefälle in den Migrationsraten und der daraus folgenden unterschiedlichen Entwicklung der Migrationspolitik dieser Länder zurückzuführen.

Um eine größtmögliche Vielfalt der untersuchten Fälle zu ermöglichen – und in der Annahme, dass die politische Agenda wahrscheinlich davon beeinflusst wird, wie nah die Parteien an der Regierungsbeteiligung sind, haben wir Parteien ausgewählt, die verschiedenen Fraktionen im Europäischen Parlament angehören und unterschiedliche Positionen bzw. Aussichten auf eine Regierungsbeteiligung auf nationaler Ebene haben: Parteien, die die Regierung anführen (Fratelli d'Italia), Parteien, die an der Regierung beteiligt sind (Lega), Parteien, die kurz vor dem

1 Die FPÖ hat ein neues Wahlprogramm für die Nationalratswahl am 29. September 2024 veröffentlicht. Da dieses Programm erst nach Redaktionsschluss der vorliegenden Studie bekannt wurde, konnte es nicht mehr in die Analyse einbezogen werden. In einigen Punkten wurden die Positionen der Partei weiter präzisiert und teilweise verschärft. Diese Änderungen wurden, soweit möglich, an den entsprechenden Stellen berücksichtigt.

2 Die deutsche AfD hat eine Social-Media-Strategie entwickelt, die auf der Nutzung vieler verschiedener Accounts basiert. Einige dieser Accounts stehen in Verbindung mit der Partei, während andere von Aktivisten betrieben werden. Auf diesen Accounts werden Inhalte in hoher Frequenz geteilt, um die auf Algorithmen basierende Funktionsweise von Plattformen wie TikTok optimal auszunutzen (Georgi 2024; Bingener/Haupt 2024).

3 Der Kodierungsprozess wurde von den drei Autoren durchgeführt, die jeweils mit der Sprache und Politik der untersuchten Parteien vertraut waren. Zunächst kodierte jeder Autor unabhängig jedes Wahlversprechen. Anschließend berieten sie gemeinsam, um Zweit- und Drittmeinungen einzuholen und so eine ausgewogene und umfassende Bewertung der politischen Restriktivität einer vorgeschlagenen Maßnahme zu gewährleisten.

Eintritt in die Regierung stehen oder standen (Rassemblement National und Freiheitliche Partei Österreichs) und Parteien, die derzeit weit von Regierungsämtern auf nationaler Ebene entfernt sind (Alternative für Deutschland und VOX). Auch wenn wir nicht garantieren können, dass diese Fallauswahl das gesamte Spektrum rechtspopulistischer Positionen zur Migrationspolitik abdeckt, so umfasst sie gleichwohl die Mehrzahl der bekanntesten rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa und diejenigen, die im deutschen Kontext am häufigsten mit der AfD verglichen werden. Wir erhoffen uns von dieser Fallauswahl eine aussagekräftige Vergleichsbasis.

In einem ersten Abschnitt analysieren wir die Positionen jeder einzelnen Partei separat, wobei wir einige Hintergrundinformationen liefern und besonderes Augenmerk auf die Entwicklung der Parteipositionen im Laufe der Zeit legen. In einem zweiten und umfangreicheren Abschnitt vergleichen wir die politischen Positionen der verschiedenen Parteien in einem breiten Spektrum migrationspolitischer Teilbereiche (Asylrecht, Abschiebepolitik, Grenzkontrolle, Arbeitsmigration, Familienzusammenführung, irreguläre Migration, Zusammenarbeit mit Drittstaaten und Position zu internationaler/EU-Regulierung der Migration). Abschließend ziehen wir den Vergleich, der zeigt, dass wahrgenommene Differenzen zwischen den europäischen rechtspopulistischen Parteien vorrangig auf der performativen Ebene angesiedelt sind und dass die Kritik des RN an der AfD gerade nicht das Ergebnis grundlegender inhaltlicher Meinungsverschiedenheiten ist.

2. DIE PARTEIEN

Alternative für Deutschland (AfD)

Jahr der Gründung: 2013

Parteivorsitzende: Alice Weidel / Tino Chrupalla

Letzte Wahlergebnisse

- National (2021): 10,4% (83 von 733 Sitzen)

- EU (2024): 15,9 % (15 von 96 Sitzen)

Die Entwicklung der migrationspolitischen Positionen der AfD ist durch Kontinuitäten einerseits, wie auch einen beträchtlichen Wandel andererseits gekennzeichnet. Seit 2015 verfolgt die Partei ein nativistisches Framing von Migration, das sich auf Sicherheit und kulturelle Gefahren konzentriert. Gleichzeitig haben sich die aus diesem Framing resultierenden Forderungen der Partei zunehmend radikalisiert.

In frühen Wahlprogrammen zeigt die AfD eine Haltung zu Migration, die durch eine Steuerung und Qualifizierung der Zuwanderung gekennzeichnet ist. Eine völlige Ablehnung von Migration ist dagegen nicht klar erkennbar. Dies überrascht auch nicht, da sich die Partei zunächst als konservative, europaskeptische und wirtschaftsorientierte Partei aufstellte. Dementsprechend forderte die AfD 2013 eine Neuordnung des Zuwanderungsrechts,

um qualifizierten Zuwanderern Vorrang einzuräumen und Asylsuchenden eine menschenwürdige Behandlung zu gewähren. Gleichzeitig sollte diese Neuordnung des Einwanderungsrechts den Missbrauch der Sozialsysteme verhindern. Als Vorbild wurde das kanadische Modell der Arbeitsmigration genannt, das auf ein Punktesystem setzt, um zuziehende Menschen nach ihren Fähigkeiten und ihrem potenziellen volkswirtschaftlichen Beitrag auszuwählen (AfD 2013: 4). Diese moderate Haltung änderte sich jedoch mit den ansteigenden Zahlen von Asylsuchenden ab 2014. Die Partei nahm den zunehmenden internen und externen Druck auf und setzte sich mit den Sorgen über die Auswirkungen der Migration auf die deutschen Sozialsysteme auseinander.

Ab 2015 verlagerte die AfD unter einer neuen Führung ihren Schwerpunkt auf das für rechtspopulistische Parteien typische Thema der Migration. Die nun geforderten Politikmaßnahmen sind durch eine stärkere Hinwendung zu einer nativistischen und sicherheitspolitischen Rhetorik gekennzeichnet. Migration wird als grundlegende Bedrohung für die Identität und Stabilität Deutschlands dargestellt. Das Parteiprogramm von 2015 befürwortet strenge Grenzkontrollen, priorisiert regionale Lösungen für Asylsuchende und drängt auf eine deutliche Reduzierung der ‚unkontrollierten Massenmigration‘. Dementsprechend werden strenge Asylsysteme wie das sogenannte australische Modell im Parteiprogramm als Leitbild angeführt (AfD 2015: 27, 59-61). Den nächsten Schritt einer zunehmend offenen Ablehnung von Migration stellt das Wahlprogramm 2017 dar. Die Notwendigkeit strenger Asylkontrollen und die Abschiebung abgelehnter Asylsuchender treten nun in den Vordergrund (AfD 2017: 29-30).

Das Wahlprogramm von 2019 markiert eine Hinwendung zu souveränistischen Positionen. Die AfD tritt nun auch für die Rückkehr zu einer nationalstaatlichen Autonomie in der Asyl- und Migrationspolitik ein und wendet sich entschieden gegen internationale Abkommen wie den UN Global Compact for Migration (AfD 2019: 38). Die Forderung nach „Remigration“, ein dem rechtsextremistischen Diskurs entlehnter Begriff, wird in das Wahlprogramm aufgenommen. Damit zielt die Partei bereits 2019 auf die erzwungene Rückkehr von Migrantinnen und Migranten in ihre Herkunftsländer. Ihrer Wählerschaft präsentiert die AfD diesen Vorschlag als wichtigste Lösung für Migrationsprobleme. So sollen abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die nicht in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden können, in Drittstaaten ausgewiesen werden. Damit einher ging eine stärkere Fokussierung auf ‚demographische Ängste‘, wobei Migration als Bedrohung für den sozialen Zusammenhalt und die Identität Deutschlands dargestellt wird (AfD 2019: 40-41).

Als Zeichen einer Professionalisierung der Partei haben die Wahlprogramme in den letzten Jahren an Textumfang und Komplexität der Argumentation gewonnen. Das kann nicht zuletzt auch als Mittel verstanden werden, interne Konflikte durch abwägende Formulierungen zu überbrü-

cken. So drückt sich im Wahlprogramm 2021 der Versuch aus, einen strikt legalistischen Ansatz mit einer Politik der Abschreckung und Kontrolle in Einklang zu bringen. Maßnahmen, wie etwa eine „Abschiebeoffensive“, die Aussetzung des Familiennachzugs und eine strikte Kontrolle von Einwanderung und Asyl werden gefordert. Die Partei bezieht sich weiterhin positiv auf das australische Modell der Asylpolitik, das darauf abzielt, die Bearbeitung von Asylanträgen in Drittstaaten zu verlagern, um illegale Einwanderung zu verhindern. Darüber hinaus wird auch auf das japanische Modell der Arbeitsmigration Bezug genommen. Dieses Modell, das für seinen restriktiven Ansatz bekannt ist, entspricht der Auffassung der AfD, dass Deutschland kein traditionelles Einwanderungsland wie Australien oder Kanada sei (AfD 2021: 91-93, 96).

Auch im Wahlprogramm 2024 bleibt die AfD ihren migrationspolitischen Vorstellungen treu: Anstelle des australischen Modells wird der nur unwesentlich weniger strikte „Ruanda-Plan“ genannt, der die Durchführung von Asylverfahren in Drittstaaten in Anlehnung an den Vorschlag der ehemaligen britischen Regierung vorsieht (AfD 2024: 14). Neben der Übernahme einer Vision von Europa als stark bewachter und geschützter Region, die plakativ als „Festung Europa“ bezeichnet wird, spiegelt die Forderung nach festen Grenzanlagen an den EU-Außengrenzen eine Auffassung wider, die als militärisch gesicherter Grenzschutz beschrieben werden kann (AfD 2024: 10-11). Das Wahlprogramm 2024 betont weiterhin die „Remigration“: Anstatt Asylsuchende im Rahmen einer europäischen Lösung innerhalb der EU zu verteilen, sollen diese besser in ihre Heimatländer zurückgeführt werden (AfD 2024:13-14).

Fratelli d'Italia (FdI)

Jahr der Gründung: 2012
 Parteivorsitzende: Giorgia Meloni
 Letzte Wahlergebnisse
 - National (2022): 26 % (119 von 400 Sitzen)
 - EU (2024): 28,8 % (24 von 76 Sitzen)

Die 2012 gegründete rechtspopulistische italienische Partei Fratelli d'Italia (FdI; dt.: Brüder Italiens) hat unter der Führung von Giorgia Meloni einen bemerkenswerten politischen Wandel vollzogen und ist von einer Partei, die bei den italienischen Parlamentswahlen 2013 nur zwei Prozent der Stimmen erhielt, zur größten Partei Italiens im Jahr 2022 aufgestiegen (Vampa 2023). Diese Entwicklung spiegelt signifikante Verschiebungen in der programmatischen Haltung der Partei wider, insbesondere in Bezug auf ihr migrationspolitisches Profil (Angeli 2023). Zu Beginn, im Jahr 2013, ähnelten die migrationspolitischen Vorschläge der FdI denen einer klassischen konservativen Partei, die sich eher auf die Integration als auf die Ausgrenzung von Zugewanderten konzentrierte. In den nachfolgenden Jahren rückte die Partei jedoch weiter nach rechts: In einem programmatischen Dokument aus dem Jahr 2017 mit

dem Titel „Die Triest-Thesen“ wurde beispielsweise eine Verschwörungstheorie ähnlich der Theorie des ‚Großen Austauschs‘ vertreten. Darin wurde behauptet, die EU verfolge einen Plan des „ethnischen Austauschs“, demzufolge eine nationale Gemeinschaft mit niedrigen Geburtenraten durch massive Zuwanderung zu einer Minderheit im eigenen Land werden und schließlich verschwinden soll. (Giorgiameloni.it 2023). Es folgten radikale Vorschläge, wie etwa die Rückführung aller illegalen Einwanderer („clandestini“) (FdI 2018) sowie eine militärische Kontrolle der Außengrenzen in Verbindung mit einer Seeblockade, um Boote am Auslaufen aus Nordafrika zu hindern (FdI 2019).

In den letzten Jahren hat die Partei ihre Haltung zur Einwanderung abgemildert. Das oben erwähnte programmatische Dokument befürwortete noch einen Vorrang der italienischen Bevölkerung bei der Beschäftigung, den Sozialleistungen, dem öffentlichen Wohnungsbau und dem Zugang zu Kinderbetreuungseinrichtungen. Vorrang sollten auch jene genießen, die schon lange in Italien leben und zum Wachstum des Landes beigetragen haben (Giorgiameloni.it 2023). In den jüngeren Wahlprogrammen wird hingegen das Prinzip „Zuerst die Italiener“ nicht mehr erwähnt. Auch in Bezug auf Europa haben die Fratelli d'Italia ihren Ton gemäßigt. 2019 betonte die Partei den Vorrang der italienischen Verfassung und des Rechtssystems vor europäischen Normen und kritisierte Europa als „Spielwiese für Frankreich und Deutschland“ (FdI 2019: 2). Im Jahr 2024 findet sich dagegen kein Hinweis mehr auf den Vorrang des nationalen Rechts. Stattdessen setzt sich die Partei nun für den politischen Zusammenhalt in der EU ein, in der keine Nation als Mitglied zweiter Klasse behandelt wird (FdI 2024: 2).

Stilistisch ist das Wahlprogramm 2022 gewohnt knapp gehalten und behält ein sicherheitspolitisches Framing bei. Ein Abschnitt ist dem Thema Migration gewidmet und trägt die plakative Überschrift „Illegale Migration stoppen und die Sicherheit der Bürger wiederherstellen“ (FdI 2022: 31). Die Verhinderung irregulärer Migration wird sowohl aus rechtlichen, als auch aus humanitären Gründen thematisiert, insbesondere im Hinblick auf Menschenhandel und die Verhinderung von Todesfällen auf hoher See. Auch die Kritik an der nichtstaatlichen Seenotrettung wird etwas abgeschwächt. Eine der wichtigsten Maßnahmen im Wahlprogramm 2022 ist die Externalisierung der Asylpolitik, wobei die Einrichtung von EU-verwalteten Hotspots außerhalb Europas befürwortet wird. Dieser Vorschlag ist weniger weitreichend als jene von anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa. So wird etwa nicht die Forderung danach erhoben, dass Asylanträge nur noch außerhalb Europas gestellt werden dürfen. Das Wahlprogramm betont auch den Einsatz von Einwanderungsdekreten („decreti flussi“) als Instrument der internationalen Zusammenarbeit, um legale Migration zu steuern und die Rückführung illegaler Einwanderer zu erleichtern (FdI 2022: 32). Dieser Ansatz suggeriert eine fließende Grenze zwischen Anreizen und Sanktionen, da die Kooperation mit den Herkunftsländern von

deren Bereitschaft abhängt, die Rückkehr der eigenen Staatsangehörigen zuzulassen. Die Seeblockade („blocco navale“) wird zwar noch erwähnt (ebd.), bleibt aber im Vergleich zu früheren Kampagnen und anderen rechtspopulistischen Parteien wie VOX vage und uneindeutig.⁴

Das Wahlprogramm der Fratelli d'Italia für die Europawahlen 2024 war weiterhin von einem pragmatischen Ansatz in der Migrationspolitik gekennzeichnet. Es verbindet Migration mit Sicherheit und betont die Notwendigkeit, dass Europa seine Grenzen kontrolliert und bestimmt, wer in sein Territorium einreisen darf, anstatt diese Entscheidungen kriminellen Organisationen oder externen Akteuren zu überlassen (Fdl 2024: 12). Die Kritik am „linken Modell“ der „unkontrollierten Aufnahme“ wird in humanitärer Sprache vorgetragen, indem die Verhinderung des Sterbens im Mittelmeer in den Vordergrund gestellt wird (ebd.).

Ein wichtiger Vorschlag im Wahlprogramm 2024 ist die Verstärkung der Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Dies spiegelt die Strategie wider, die Meloni in den ersten beiden Jahren ihrer Amtszeit verfolgt hat. Dabei geht es um die Bekämpfung der irregulären Einwanderung, die Verhinderung der Ausreise sowie die Bearbeitung von Asylanträgen und Rückführungen vor Ort. Das Wahlprogramm fordert auch eine Verbesserung der EU-Grenzkontrollen durch die Stärkung von Frontex, Europol und Eurodac und betont den Kampf gegen kriminelle Netzwerke, die in Menschenhandel verwickelt sind. Zudem wird darauf hingewiesen, die Ursachen irregulärer Migration mit Hilfe eines Entwicklungsplans, dem „Mattei-Plan für Afrika“, bekämpfen zu wollen, der das Recht der Menschen unterstützt, nicht emigrieren zu müssen (ebd.). Das Wahlprogramm greift auch das Thema der Arbeitsmigration auf und schlägt die Einführung von Quoten für legale Einwanderung vor, die sich an der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt orientieren sollen. Insgesamt ist die Entwicklung der Fratelli d'Italia ein Musterbeispiel für die These, dass rechtspopulistische Parteien mit zunehmender Regierungsnähe strategisch zu einer pragmatischeren und kooperativeren Migrationspolitik übergehen – eine These, die allerdings nicht auf alle Parteien zutrifft.

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Jahr der Gründung: 1955

Parteivorsitzender: Herbert Kickl

Letzte Wahlergebnisse

- National (2019): 16,2 % (31 von 183 Sitzen)

- EU (2024): 25,4 % (6 von 20 Sitzen)

Die 1955 gegründete Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist eine der ältesten rechtspopulistischen Parteien Europas. Im Laufe der Jahrzehnte durchlief die Partei mehrere Kurswechsel und schwankte zwischen liberalen, gemäßigt rechtspopulistischen Positionen und einer expliziteren Orientierung an rechtsextremen und rassistischen Ideologien, die die Gräueltaten des Nationalsozialismus verharmlosen. Unter dem seit 2021 amtierenden Parteivorsitzenden Herbert Kickl hat sich die FPÖ zunehmend an rechtsextreme Gruppierungen, wie extremistischen Burschenschaften und die Identitäre Bewegung angenähert.

Die FPÖ positioniert sich als euroskeptische Partei, die für eine Stärkung der Nationalstaaten eintritt. Wie andere rechtspopulistische Parteien steht sie Migration kritisch gegenüber, sieht Österreich nicht als Einwanderungsland und äußert häufig Bedenken gegenüber dem Islam. Die Partei hat sich zunehmend eine extremistische Rhetorik zu eigen gemacht, Begriffe wie „Festung Europa“ und „Remigration“ spielen in ihrem Sprachgebrauch eine wichtige Rolle. Während diese Begriffe im Wahlprogramm der FPÖ für die Nationalratswahl 2019 nicht auftauchten, sind sie im Wahlprogramm für die Europawahl 2024 zentral, was eine deutliche Verschiebung hin zu einer radikaleren Sprache darstellt. Im Wahlprogramm zur Nationalratswahl im September 2024 werden diese Begriffe noch verschärft: Aus der „Festung Europa“ wird die „Festung Österreich“ und die Behauptung nationaler Souveränität in Fragen von Grenzschutz und Migration wird zu einem Pfeiler des Wahlprogramms (FPÖ 2024c).

Der Tenor des FPÖ-Wahlprogramms für die Nationalratswahl 2019 unterscheidet sich kaum von jenem aus dem Jahr 2013. Beide Dokumente bedienen sich eines sicherheitspolitischen und legalistischen Framings des Themas Migration. Explizit wird auf Asylbetrug, Asylmissbrauch und die Abschiebung krimineller Ausländer als einfache Lösungen für Bedrohungen der nationalen Sicherheit verwiesen (FPÖ 2013: 1). Das Wahlprogramm der FPÖ für 2019 spricht sich für eine umfassende Neugestaltung des Asyl- und Einwanderungsrechts aus. Es wird betont, dass Asyl nur vorübergehend gewährt werden soll und die Rückkehr in das Heimatland verpflichtend ist, sobald der Asylgrund nicht mehr besteht. Die FPÖ macht die EU für die Migrationskrise verantwortlich und fordert deren Umbau zu einem „Europa der Vaterländer“, ein souveränistisches Konzept, das bei europäischen Rechtspopulisten und -extremisten beliebt ist (FPÖ 2019: 4-6).

Unter dem Titel „Festung Europa und Remigration!“ präsentiert die FPÖ ein Wahlprogramm für die Europawahl 2024, welches einen kompakten Forderungskatalog beinhaltet. Dieser orientiert sich am australischen Modell

⁴ In den Reden von Giorgia Meloni wird die Blockade als Ausweitung oder Verstärkung bestehender Abkommen, z. B. zwischen der EU und Libyen, heruntergespielt, um Asylsuchende an der Ausreise aus Nordafrika zu hindern (Angeli 2023).

der Asylpolitik und stellt einen der radikalsten Vorschläge innerhalb der europäischen Rechten dar (FPÖ 2024a: 7). Diese Forderungen spiegeln eine souveränistische Haltung wider, die Österreich als autonome Nation innerhalb der EU positioniert, insbesondere im Bereich der Migration. Eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik, die eine Umverteilung illegaler Einwanderer innerhalb der EU erzwingen würde, lehnt die FPÖ ab. Stattdessen plädiert sie für einen strikten Grenzschutz und die Abschiebung von Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, sowie von straffällig gewordenen Zugewanderten (FPÖ 2024a: 7). Im Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2024 werden diese Positionen durch eine weitere Forderung ergänzt: Die FPÖ möchte das Asylrecht aussetzen, solange Österreich „chronisch überlastet“ (FPÖ 2024c: 47) ist.

Lega

Jahr der Gründung: 2017 (als Lega Nord 1991)
 Parteivorsitzender: Matteo Salvini
 Letzte Wahlergebnisse
 - National (2022): 8,8 % (66 von 400 Sitzen)
 - EU (2024): 9 % (8 von 76 Sitzen)

Im Gegensatz zu den meisten anderen rechtspopulistischen Parteien hat sich das politische Profil der Lega in den letzten Jahrzehnten grundlegend gewandelt. Von einer ursprünglich regionalistischen Partei, die sich für die Autonomie Norditaliens einsetzte, hat sich die Lega zu einer national orientierten Partei gewandelt. Migrations-themen standen stets im Mittelpunkt der Kommunikation der Partei (Ignazi 2005). Seit ihrer Gründung hat die Lega Nord Einwanderung als Gefahr für Arbeitsplätze, Sozialleistungen und die öffentliche Sicherheit dargestellt.

Der Umgang der Lega Nord mit Migration war – mit gewissen Schwankungen – lange Zeit davon abhängig, welche Salienz dem Thema im öffentlichen Diskurs zugewiesen wurde. Besonders nach der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 rückte das Thema Migration in den Fokus der politischen Rhetorik und Programmatik der Partei. Dies steht im Einklang mit der Haltung ihrer Wählerschaft, die seit langem eine stärkere Ablehnung von Migration zeigt als der Durchschnitt der italienischen Bevölkerung. Umfragen haben seit den späten 1990er Jahren immer wieder bestätigt, dass Wählerinnen und Wähler der Lega überdurchschnittlich fremdenfeindlich sind (Passarelli/Tuorto 2012, 2018).

Unter der Führung von Umberto Bossi war die einwanderungsfeindliche Haltung der Lega in den 1990er Jahren Teil einer umfassenderen regionalistischen Agenda. Im Laufe der Zeit wurde diese Haltung immer zentraler und stellte Einwanderung nicht nur als Sicherheitsbedrohung, sondern auch als kulturelle und wirtschaftliche Gefahr dar. Trotz ihrer Zugehörigkeit zur Mitte-rechts-Koalition hatte die Lega Schwierigkeiten, ihre harte Rhetorik in politische Maßnahmen zu übersetzen, da sie unter dem Druck der

katholischen Kirche und von Wirtschaftsverbänden stand. Dies hatte zur Folge, dass Vorschläge wie der Einsatz der Seestreitkräfte zur Bekämpfung von Asylsuchenden und die biometrische Identifizierung von Zugewanderten zwar dazu dienten, eine harte Haltung zu demonstrieren, aber entweder abgeschwächt oder nie vollständig umgesetzt wurden. Die bemerkenswerteste gesetzgeberische Maßnahme Anfang der 2000er Jahre war das Bossi-Fini-Gesetz von 2002, das strengere Einwanderungskontrollen einführt, aber auch zu einer massiven Amnestie führte, durch die 650.000 Einwanderer legalisiert wurden. In dieser Zeit begann die Lega, die Alleanza Nazionale (AN) als einwanderungsfeindlichste Partei in der Koalition abzulösen, während AN sich mehr der Mitte zuwandte.

Nach einer Übergangsphase unter Roberto Maroni, in der das Thema Migration zugunsten anderer (vor allem wirtschaftlicher) Themen an den Rand gedrängt wurde, erfolgte unter der Führung von Matteo Salvini ein Rebranding der Partei, bei dem der Begriff „Nord“ aufgegeben und eine stärker nationalistische Haltung eingenommen wurde. In diesem Sinne stellt der Slogan „Prima gli Italiani“ („Zuerst die Italiener“) die Antithese zur früheren regionalistischen und autonomistischen Positionierung dar und verdeutlicht den neuen souveränistischen Ansatz. Im Programm der Lega von 2013 waren Verweise auf Einwanderung noch minimal und machten nur 1,5 Prozent des Gesamttextes aus (Lega Nord 2013; Diamanti/Pregliasco 2019). Dies spiegelt die insgesamt geringe Bedeutung des Themas wider, da lediglich 4 Prozent der italienischen Bevölkerung Einwanderung als Priorität betrachteten (Goodwin et al. 2018). Bis 2018 stiegen diese Verweise jedoch auf 10 Prozent an (Lega Nord 2018). Dies unterstreicht die wachsende Bedeutung des Themas im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise nach 2015 (Dennison/Geddes 2021).

Salvinis Amtszeit als Innenminister markiert einen Höhepunkt des Einflusses der Lega. Maßnahmen, wie etwa das „Sicherheitsdekret“, zielten darauf ab, die Zahl der Asylsuchenden zu verringern und die Zahl der Abschiebungen zu erhöhen. Migration wurde dabei oft mit der Kritik an der Untätigkeit Europas verknüpft und primär als Sicherheits- und Ordnungsfrage dargestellt – eine Perspektive, die durch Salvinis Ministerrolle verstärkt wurde. Durch medienwirksame Aktionen, wie die Schließung der Häfen für NGO-Rettungsschiffe, konnte Salvini das Thema Migration kontinuierlich in den Mittelpunkt der politischen Agenda rücken. Insgesamt waren Auseinandersetzungen mit Nichtregierungsorganisationen ein fortwährendes Thema in der Migrationspolitik der Lega unter Salvini.

Insgesamt hat die Lega im Laufe ihrer Geschichte eine konsequente Anti-Einwanderungs-Rhetorik verfolgt und konkurrierte auf diese Weise mit anderen Parteien, wie der AN und später der FdI. Schließlich positionierte sie sich als die einwanderungsfeindlichste Partei Italiens. Ihre Rhetorik betont die Sorge um Kriminalität, die öffentliche Ordnung und die nationale Sicherheit. Obwohl

die Partei ihren kulturellen Fokus auf Integration, mit besonderem Augenmerk auf den Islam, beibehalten hat, ist ihre souveränistische Ausrichtung in den letzten Jahren zurückgegangen. Dies unterscheidet die Lega von ihren europäischen Pendanten, etwa dem französischen RN oder der deutschen AfD. Im Vergleich zu diesen Parteien nimmt die Lega eine gemäßigte Haltung zum Asylrecht und zur Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern ein.

Rassemblement National (RN)

Jahr der Gründung: 1972

Parteivorsitzender: Jordan Bardella

Letzte Wahlergebnisse

- National (2024): 32,1% (126 von 577 Sitzen)

- EU (2024): 31,4 % (30 von 81 Sitzen)

Migrationsfeindlichkeit zieht sich seit der Gründung der Partei in den 1970er Jahren wie ein roter Faden durch die Rhetorik und Ideologie des Front National/Rassemblement National (Stockemer/Barisone 2017). Entsprechend ihrem ethnonationalistischen Ideologiekern wird Einwanderung als existenzielle Bedrohung für Frankreich als Nation und für das Überleben der französischen Identität interpretiert. Wie bei anderen rechtspopulistischen Kräften ist es auch bei dieser Partei üblich, Zuwanderung mit Kriminalität und Sicherheit in Verbindung zu bringen und auf ihre vermeintlich negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und das Sozialsystem hinzuweisen.

Unter Führung der ehemaligen Parteivorsitzenden Marine Le Pen hat die Partei ihren Ruf mit Hilfe einer Entdämonisierungsstrategie (*dédiabolisation*) etwas verbessern können. Gleichwohl ist zu konstatieren, dass dies eher die äußere Darstellung als den inhaltlichen Kern der Partei betraf (Ivaldi 2016). Mit Blick auf das Thema Migration führte das Rebranding der Partei zu einer teilweisen Verschiebung: Migration ist nicht mehr allein in den Kontext von ethnisch-kulturellen, sondern inzwischen auch politisch-religiösen Konflikten gestellt (Shields 2014). Die Ablehnung von Einwanderung wird daher nicht mehr nur durch ethnische Unterschiede begründet, sondern auch durch die Verteidigung liberaler und republikanischer Werte – insbesondere der Laizität (*laïcité*) – gegen „Komunitarismus“, „Separatismus“ und die „Islamisierung“ Frankreichs. In der Praxis kann der RN auf diese Weise den sogenannten Multikulturalismus sowie jegliches öffentliche Bekenntnis zu einer anderen Gemeinschaft als der Nation ablehnen (Almeida 2013). Dadurch bleibt die Vorstellung von der Nation als einer homogenen Gemeinschaft, die aufgrund äußerer und innerer Bedrohungen bewahrt werden muss, im Wesentlichen unverändert.

Darüber hinaus wirkt die Rhetorik der Partei weiterhin radikal, insbesondere wenn sie Frankreich als ein Land darstellt, das im „Migrationschaos versinkt“, oder wenn sie übertriebene Begriffe wie „Migrantenüberflutung“ („*submersion migratoire*“) verwendet (La Croix 2020).

Die Anzeichen für eine Mäßigung bei den konkreten politischen Vorschlägen der Partei sind eher gering, da sie an vielen ihrer zentralen Forderungen festhält. Dazu gehört beispielsweise die langjährige Forderung nach einem System des „nationalen Vorrangs“ oder der „nationalen Präferenz“, in dessen Rahmen französische Staatsbürger und Staatsbürgerinnen bei der Vergabe von Arbeitsplätzen, öffentlichem Wohnraum und Sozialhilfe gegenüber Ausländerinnen und Ausländern bevorzugt werden sollen. Ebenso beharrt die Partei auf der Abschaffung des Prinzips des *jus soli* (Recht auf Staatsbürgerschaft) und der Verschärfung der Bedingungen für den Erwerb der französischen Staatsbürgerschaft, die künftig auf Leistung und Assimilation basieren soll.⁵

Ein weiterer radikaler Vorschlag, an dem der RN festhält, ist das Versprechen, „die Niederlassungsmigration und die Familienzusammenführung zu stoppen“ (RN 2022b) oder „sie nach strengen Kriterien zu begrenzen“ (RN 2022a). Dies ist eine alte Forderung der rechtsextremen Kräfte in Frankreich, die seit langem die Familienzusammenführung als eine der Hauptursachen für unerwünschte Migrationsströme nach Frankreich ansehen. Da die Partei erkannt hat, dass diese Forderung unrealistisch ist, entschärfte sie ihren Vorschlag im Kurzprogramm für die vorgezogenen Parlamentswahlen 2024 erheblich. Stattdessen forderte sie „strengere Bedingungen für die Familienzusammenführung“ (RN 2024b).

Auch in Bezug auf Asylverfahren hat der RN seine Haltung nicht abgeschwächt, sondern sogar verschärft. Seit langem kritisiert die Partei die Ausweitung der Gründe für Asylgewährung und die Abkehr vom ursprünglichen Zweck des Asylsystems. In den letzten Jahren hat sich ihre Position weiter verschärft: In verschiedenen programmatischen Dokumenten fordert die Partei, dass Asylanträge ausschließlich im Ausland, bei französischen Botschaften und Konsulaten, gestellt und bearbeitet werden sollen. Auch wenn dieser Vorschlag nicht das einzige Anliegen des RN ist, wirkt der zugrunde liegende Gedanke besonders radikal: Asylbewerberinnen und Asylbewerber sollen nicht die Möglichkeit haben, ihren Antrag auf französischem Boden zu stellen. Der Wunsch des RN, den Zugang zum französischen Staatsgebiet für Einreisende zu verhindern, wird auch durch ihren Vorschlag deutlich, Frontex mit der systematischen Rückführung irregulärer Migrantinnen und Migranten zu beauftragen, was einen Verstoß gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung darstellen würde.

⁵ In dieser Hinsicht wurden jedoch einige drakonische Maßnahmen aus den 1990er/Anfang der 2000er Jahre aufgegeben, wie z. B. die rückwirkende Überprüfung von Einbürgerungen nach einer Probezeit, in der die eingebürgerte Person von politischer Aktivität Abstand nehmen sollte, oder – im Einklang mit der „nationalen Priorität“ für Beschäftigung – eine Sondersteuer für Arbeitgeber auf die an Ausländer gezahlten Löhne (beide im Programm von 2002 enthalten).

Ein gewisses Maß an Mäßigung zeigt sich jedoch in der offensichtlichen Abkehr von numerischen Zielen. Während Marine Le Pens Vorgänger, ihr Vater Jean-Marie Le Pen, von einer „Null-Einwanderung“ sprach, schlug Marine Le Pen in ihren Präsidentschaftsmanifesten von 2012 und 2017 vor, die Zahl der legalen Einwanderung auf 10.000 pro Jahr deutlich zu reduzieren. In neueren Wahlprogrammen wird jedoch kein konkretes Ziel mehr genannt. Gleiches gilt für die Zielvorgaben zur Massenabschiebung: Die Partei hat ihre früheren Versprechen, Millionen außer-europäischer Zugewanderter abzuschicken – drei Millionen im Wahlprogramm von 1995, dem letzten mit einer numerischen Zielvorgabe – längst aufgegeben. Dennoch setzt sich die Partei weiterhin für die „systematische Ausweisung von illegalen Einwanderern, Straftätern und kriminellen Ausländern“ ein (RN 2022b). Von Mäßigung kann jedoch keine Rede sein, wenn die Partei ausdrücklich die „Abschaffung aller Ausnahmeregelungen, die die Abschiebung von Ausländern verhindern“ (RN 2024b) fordert.⁶ Ebenso vertritt die Partei weiterhin eine harte Haltung gegenüber irregulärer Migration, einschließlich der Ablehnung von Legalisierungsmöglichkeiten, sowie gegenüber denjenigen, die sie direkt oder indirekt unterstützen.

Ein Bereich, in dem ein gewisses Maß an Mäßigung zu erwarten wäre, ist die langjährige Forderung der Partei, europäische Verträge, die der EU Kompetenzen im Bereich der Migration übertragen, zu kündigen und auszutreten. Dies steht im Gegensatz zum allgemeinen Wandel der Partei in den letzten Jahren, die sich von der Forderung nach einem Frexit (Austritt aus der EU) hin zu einer eher ambivalenten Position der „Reform von innen“ bewegt hat. Statt eines bloßen Austritts aus dem Schengener Abkommen schlägt die Partei nun vor, dieses zu reformieren, indem die Freizügigkeit auf EU-Bürger beschränkt wird (RN 2024a). Alternativ wird vorgeschlagen, „das Fehlen von Grenzkontrollen durch vereinfachte Grenzübertrittsverfahren für EU-Bürger zu ersetzen“ (RN 2022a). Dennoch hält die Partei daran fest, dass die internationalen Verpflichtungen Frankreichs im Bereich der Freizügigkeit „der Wahrung der nationalen Interessen in Bezug auf die innere und äußere Sicherheit, den Schutz der öffentlichen Ordnung und die Wahrung der französischen Identität untergeordnet werden“ (RN 2022a).

Obwohl die Partei nicht mehr grundsätzlich gegen europäische und internationale Verträge opponiert, hält sie weiterhin an einer souveränistischen Grundhaltung fest, indem sie den Vorrang des nationalen Rechts vor anderen Rechtsquellen betont. In einem ausführlichen Dokument (RN 2022a), in welchem die Partei ihre Pläne im Bereich der Einwanderung darlegt, schlägt der RN vor, den Vor-

rang des nationalen Rechts vor europäischem und internationalem Recht in der Verfassung festzuschreiben. Dies soll sicherstellen, dass die Behörden nicht länger durch internationale Verpflichtungen Frankreichs im Bereich der Migration eingeschränkt werden. Zudem wird in diesem Dokument ein neuer Rechtsrahmen für die Einwanderung vorgeschlagen, der in die Verfassung aufgenommen und durch eine Volksabstimmung genehmigt werden soll.⁷ Diese Vorschläge zielen hauptsächlich darauf ab, die Souveränität des Volkes und des Staates zurückzugewinnen – in einem Bereich, der für seine übermäßige Verrechtlichung und Internationalisierung kritisiert wird – sowie „die Identität Frankreichs“ zu schützen und „das Recht der Franzosen, sie selbst zu bleiben“ zu bewahren (RN 2022a).

Während also die angebliche Mäßigung des RN in einigen Bereichen deutlich erkennbar ist, wie etwa der Rückgang des antisemitischen Sprachgebrauchs, für den Jean-Marie Le Pen bekannt war, zeigt sich diese Mäßigung im Bereich der Migrationspolitik weniger klar. Zwar sind einige der besonders strengen Maßnahmen im Laufe der Zeit verschwunden, doch wurden neue hinzugefügt und zentrale politische Vorschläge beibehalten.

VOX

Jahr der Gründung: 2013

Parteivorsitzender: Santiago Abascal Conde

Letzte Wahlergebnisse

- National (2023): 12,4 % (33 von 350 Sitzen)

- EU (2024): 9,6% (6 von 61 Sitzen)

VOX ist eine relativ neue rechtspopulistische Partei, die im Dezember 2013 gegründet wurde und 2019 erstmals ins Parlament einzog. Die Partei nutzte die katalanische Unabhängigkeitskrise von 2017, um ihre (ultra)nationalistische Agenda zu fördern. Sie erlangte Bekanntheit durch ihre öffentliche Anklage gegen die katalanischen Unabhängigkeitsführer und wurde von vielen als die einzige Partei wahrgenommen, die sich entschieden gegen die katalanische Unabhängigkeitsbewegung stellte (Rama et al. 2021). Der Einsatz für den spanischen Einheitsstaat und eine harte Haltung gegenüber dem Separatismus bilden somit zentrale Elemente ihrer Agenda. Darüber hinaus hat VOX ihren Aufstieg genutzt, um andere Themen, insbesondere die Einwanderung, zu politisieren – ein Thema, das zuvor in Spanien wenig politische Bedeutung hatte (Mendes/Dennison 2020). Tatsächlich sind diese beiden Themen enger miteinander verknüpft, als es zunächst erscheinen mag: Regionaler Nationalismus und Multikultu-

⁶ Im Themenheft zur Einwanderung fordert der RN, dass die rechtlichen Kriterien der „Notwendigkeit“ und „Verhältnismäßigkeit“ nicht mehr gelten sollen, wenn es sich um Ausländer handelt, die „wegen schwerer Verbrechen oder Vergehen verurteilt wurden oder eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen“. Ferner wird gefordert, dass es dem Parlament freisteht, über ihre Ausweisung zu entscheiden (RN 2022a).

⁷ Der RN verteidigt das Referendum nicht nur als Quelle der Legitimation durch das Volk, sondern auch als Mittel zur Umgehung eventueller rechtlicher Hindernisse. Jedoch kann eine Referendumsinitiative von vornherein aufgrund der Verfassungswidrigkeit ihrer Vorschläge blockiert werden. So geschah es Anfang dieses Jahres, als der Verfassungsrat eine von den Republikanern, einer Partei, die sich unverhohlen viele der RN-Forderungen zu eigen gemacht hat, eingebrachte Referendumsinitiative zur Einwanderung blockierte.

ralismus werden von der Partei als Kräfte dargestellt, die aktiv versuchen, den Nationalstaat zu untergraben.

Die Haltung von VOX zur Einwanderung ist prototypisch für rechtspopulistische Parteien, da sie das Thema stets als sicherheitspolitische, identitäre und wirtschaftliche Bedrohung darstellen. Ihre Anti-Establishment-Agenda überschneidet sich ebenfalls mit dem Thema Einwanderung, da die spanische Regierung und supranationale Institutionen (einschließlich der Europäischen Union) beschuldigt werden, „auf die ungeordnete Ankunft von Millionen illegaler Migrantinnen und Migranten zu setzen“ und „zu versuchen, die Außengrenzen abzuschaffen, indem sie ihr ideologisches und multikulturelles Modell durchsetzen“ (VOX 2023, 2021). Wie diese Aussagen zeigen, scheut die Partei nicht davor zurück, ihre Rhetorik mit verschwörerischen Untertönen zu versehen. Besonders deutlich wird dies in den jüngsten programmatischen Dokumenten von VOX, in denen die Partei „globalistische Eliten“, „die globalistische Agenda“ oder die „Agenda 2030“ für bestehende Missstände verantwortlich macht (VOX 2023).

In Übereinstimmung mit ihrer starken Ausrichtung auf „Recht und Ordnung“ konzentriert sich die Migrationspolitik von VOX hauptsächlich auf die Bekämpfung irregulärer Migration und den Schutz der Grenzen. Die Partei verfolgt eine Nulltoleranz-Politik gegenüber illegaler Einwanderung und setzt sich konsequent für die „sofortige Ausweisung aller illegalen Einwanderer“ ein. Zudem fordert sie die Abschaffung aller Regularisierungsoptionen für ‚illegale Einwanderer‘, strengere Strafen für „Migrationsmafias“ und für jene, die irreguläre Migration unterstützen. Auch wird die Gewährung von Entwicklungshilfe an die Rücknahme von Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus durch Drittstaaten geknüpft (VOX 2019, 2023). Das umfassendere Wahlprogramm von 2023 bringt einige Neuerungen mit sich, darunter das Versprechen, ein Referendum über die Migrationspolitik und die Ausweisung illegaler Migrantinnen und Migranten abzuhalten – ein Ansatz, der möglicherweise von anderen europäischen rechtspopulistischen Parteien übernommen wurde.

Weitere politische Vorschläge, die sich durch die verschiedenen Wahlprogramme von VOX ziehen, umfassen zum einen die Abschiebung von Migrantinnen und Migranten, die Straftaten begehen – nicht nur schwere Verbrechen, sondern auch wiederholte geringfügige Verstöße. Das Wahlprogramm von 2023 ergänzt, dass solche Strafen im Herkunftsland verbüßt werden sollten. Zum anderen fordert VOX die Einführung einer geordneten Migrationspolitik, die Bürger aus der sogenannten „Iberosfera“ – Ländern mit sprachlichen und kulturellen Verbindungen zu Spanien – bevorzugt. Die Partei zeichnet sich in diesem Zusammenhang durch ihre Unterstützung eines postimperialen geopolitischen und kulturellen Raums aus,

in dem „Brüdernationen“ eine besondere Rolle spielen. Diese kulturelle Ähnlichkeit wird als Vorteil angesehen, da sie die Assimilation dieser Einwanderer erleichtert und sie somit als bessere Zuwanderer qualifiziert.

Die Maßnahmen zum Grenzschutz haben in den verschiedenen Programmdokumenten von VOX einige wesentliche Änderungen durchlaufen. Im Wahlprogramm von 2019 wurden noch der „Bau einer unüberwindbaren Mauer in Ceuta und Melilla“ sowie die Aussetzung des Schengen-Raums vorgeschlagen (VOX 2019).⁸ Diese Vorschläge wurden jedoch später aufgegeben. Stattdessen sieht das Programm von 2023 eine „Seeblockade“ vor, um Schiffbrüche zu verhindern und die sofortige Rückkehr von Einreisenden zu den sichersten Häfen in Herkunfts- und Transitländern zu gewährleisten (VOX 2023). Darüber hinaus schlägt das Europawahlprogramm von 2024 kombinierte Marineeinsätze im Atlantik und Mittelmeer vor, um die Überfahrten mit allen verfügbaren Mitteln zu verhindern (VOX 2024). In diesem Kontext unterstützt die Partei die Einrichtung von EU-verwalteten Ausschiffungsplattformen in außereuropäischen Gebieten, die für die Bearbeitung von Asylanträgen und die Organisation von Rückführungen zuständig sein sollen. Allerdings gibt es zwischen den verschiedenen Dokumenten einige offensichtliche Widersprüche: Während das Wahlprogramm von 2023 vorschlägt, die Asylberechtigten gerecht auf die 27 Mitgliedstaaten zu verteilen, fordert das Europawahlprogramm von 2024 die Abschaffung von Quoten und Umsiedlungsmechanismen sowie die „Souveränität der Mitgliedstaaten über die Einwanderung“ (VOX 2024).

Die Programme von VOX zeigen eine auffällige Zurückhaltung in Bezug auf Asylfragen. In ihrem Programm zu den Europawahlen wird lediglich erwähnt, dass die Partei sich dafür einsetzen wird, alle Anträge auf internationalen Schutz außerhalb der EU zu prüfen. Zudem wird angestrebt, das Asylsystem so zu reformieren, dass Missbräuche bekämpft und der Grundsatz der Nichtzurückweisung gewahrt bleibt (VOX 2024). In diesem Kontext betont die Partei, dass Abkommen mit Drittstaaten die „regionale Integration von Asylbewerbern“ fördern sollten, da das Asylrecht nicht zwangsläufig das Leben in Europa bedeutet (VOX 2024). In den nationalen Wahlprogrammen wird das Thema Asyl jedoch nicht behandelt; hier liegt der Fokus ausschließlich auf der Bekämpfung irregulärer Migration. Auch im öffentlichen Diskurs der Partei wird das Thema nur am Rande angesprochen. Aussagen von Parteivertretern deuten jedoch auf eine besonders strikte Haltung hin: So sprach sich der Spitzenkandidat von VOX, Jorge Buxadé, kürzlich in einem Interview im Kontext der EU-Wahl dafür aus, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber ab dem Moment ihrer irregulären Einreise in das Hoheitsgebiet kein Asylrecht gewährt werden sollte (El Toro TV 2024).

⁸ Dieser Vorschlag wurde in erster Linie damit begründet, dass man verhindern wolle, dass Kriminelle vor der Justiz fliehen – wie es die katalanischen Separatistenführer getan hatten –, aber auch als Mittel zur Bekämpfung des Menschen schmuggels durch Einwanderungsmafias.

Interessanterweise bezieht sich nur das Programm für die Europawahl 2024 auf das Thema Familienzusammenführung. In dieser Hinsicht vertritt die Partei eine besonders strenge Position: Sie fordert, dass Familienzusammenführungen ausschließlich für Kinder und nur in Ausnahmefällen zulässig sind, wenn Minderjährige im Herkunftsland zurückgelassen wurden. Zudem soll der Grundsatz der Gegenseitigkeit gegenüber Drittstaaten gelten, sofern die Rückführung von Minderjährigen in ihre Herkunftsfamilien akzeptiert wird (VOX 2024). Besonders hervorzuheben ist, dass VOX unbegleitete Minderjährige (als „menas“⁹ bezeichnet) ins Visier genommen hat und sie systematisch in der öffentlichen Diskussion stigmatisiert. So wird ihnen häufig die Fälschung ihres Alters vorgeworfen, oder sie werden als Belastung für die Sicherheit und die öffentlichen Ausgaben dargestellt. In ihrem Wahlprogramm von 2023 hat sich VOX verpflichtet, alle Unterbringungszentren für „menas“ zu schließen und diese in ihre Herkunftsländer abzuschicken. Bis zur Erreichung dieses Ziels sollen sie außerhalb der städtischen Zentren untergebracht werden. Um die Bedeutung dieses Themas zu betonen, hat VOX kürzlich seine Koalitionsvereinbarungen in mehreren Regionalregierungen gekündigt, um sich gegen die Umsiedlung unbegleiteter Minderjähriger in andere Regionen zu wehren.

Insgesamt wirkt die migrationspolitische Agenda von VOX noch unvollständig und in der Entwicklung begriffen. Verschiedene Faktoren könnten dafür verantwortlich sein: das junge Alter der Partei, ihre fehlende Erfahrung auf nationaler Regierungsebene, die unzureichende mediale Prüfung ihrer Migrationsvorschläge oder die Tatsache, dass VOX – im Vergleich zu Parteien wie dem Rassemblement National oder der AfD – die Migrationsthematik nicht durchgehend als zentrales Thema behandelt hat. Die Veränderungen in den verschiedenen programmatischen Dokumenten, die Tatsache, dass einige ihrer Vorschläge völlig unrealistisch sind (z. B. eine Seeblockade), ihr offensichtlicher Mangel an Sorge um die Legalität oder das Fehlen von Nuancen und Details sind alles Belege dafür.

3. VERGLEICH DER MIGRATIONSPOLITISCHEN VORSCHLÄGE

Dieser Abschnitt befasst sich mit den verschiedenen migrationspolitischen Vorschlägen, die von sechs europäischen rechtspopulistischen Parteien in ihren Wahlprogrammen vorgelegt wurden. Er untersucht ihre Positio-

nen zu relevanten migrationsbezogenen Politikbereichen, wie Asylrecht, Abschiebung und Grenzkontrollen und bietet einen vergleichenden Überblick über ihre Positionen und einen Hinweis auf den Grad ihrer Restriktivität.

Rechtspopulistische Parteien schwanken häufig zwischen der Befürwortung von Maßnahmen, die geltende nationale und internationale Rechtsnormen für die Migrationspolitik in Frage stellen, und der Forderung nach einer strengeren Durchsetzung bestehender Gesetze. Ihre Vorschläge sind eingebettet in breitere politische Debatten über nationale Souveränität, Sicherheitsbedenken sowie die Integration von Migrantinnen und Migranten. Kennzeichnend für diese Debatten ist das Bemühen um eine Neudefinition der Migrationspolitik entlang ideologischer Kriterien.

Diese Analyse zeigt, dass rechtspopulistische Parteien sich stark auf das Thema „Kontrolle der Einwanderung“ konzentrieren. Die konkreten Vorschläge laufen allesamt darauf hinaus, die Einwanderung in ihre jeweiligen Länder zu begrenzen. In diesem Kontext widmen sie der Abschiebungs- und Grenzpolitik, den Asylverfahren sowie der irregulären Migration besondere Aufmerksamkeit. Im Gegensatz dazu wird der Arbeitsmigration vergleichsweise wenig Beachtung geschenkt. Weitere Bereiche der legalen Migration, wie die Bildungs- oder Studentemigration, finden ebenfalls kaum Erwähnung.

Asylrecht

Ein gemeinsames Merkmal der europäischen rechtspopulistischen Parteien mit Blick auf das Asylrecht ist die Forderung nach einer Externalisierung der Asylverfahren. Asylanträge sollen außerhalb Europas bearbeitet werden. Dies wird als Mittel zur Abschreckung von irregulärer Migration gerechtfertigt. Im medialen und öffentlichen Diskurs wird dies oft mit weitreichenden Vorschlägen wie dem „Ruanda-Plan“ und dem „Australien-Modell“ (auch bekannt als „Pazifik-Lösung“) in Verbindung gebracht. Von den untersuchten Parteien erwähnen nur die Alternative für Deutschland (AfD) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) diese Modelle ausdrücklich in ihren Wahlprogrammen: Die AfD unterstützte 2021 zunächst das „Australien-Modell“ (AfD 2021: 91), schwenkte jedoch im Jahr 2024 auf den etwas weniger strikten „Ruanda-Plan“ um (AfD 2024: 14). Die FPÖ hingegen befürwortet das „Australien-Modell“ in ihrem Wahlprogramm 2024 zur Europawahl (FPÖ 2024a: 7).¹⁰

9 Obwohl „mena“ einfach die Abkürzung für unbegleitete ausländische Minderjährige ist („menor extranjero no acompañado“), hat die wiederholte Verwendung des Wortes durch VOX ihm eine pejorative Konnotation verliehen, die nach Ansicht von Kritikern dazu dient, sie zu entmenschlichen und die Tatsache zu verschleiern, dass sie minderjährig sind.

10 Grob gesagt könnten nach dem Ruanda-Plan Menschen, die in der EU um Asyl ersuchen, in ein sicheres Drittland gebracht werden, um dort das Asylverfahren zu durchlaufen und möglicherweise Schutz zu erhalten. Im Gegensatz dazu sieht das australische Modell vor, Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Aufnahmestellen auf nahe gelegene Inselstaaten im Pazifischen Ozean zu bringen und sie so an deren Landung auf australischem Festland zu hindern. Ein wesentlicher Unterschied zwischen der australischen Offshore-Politik und dem Ruanda-Plan besteht darin, dass bei ersterem eine erste Überprüfung auf australischem Boden vermieden wird, so dass die Schutzsuchenden keine Rechte oder Rechtsansprüche erwerben können, die mit ihrem Aufenthalt in Australien verbunden sind. Im Gegensatz dazu beinhaltet der Ruanda-Plan eine erste Einzelfallprüfung im Vereinigten Königreich, gefolgt von einer Überstellung und einer weiteren Prüfung in Ruanda. Beide Ansätze sind umstritten und wurden rechtlich angefochten. Das australische Modell ist jedoch besonders umstritten, weil es die Bearbeitung von Schutzsuchenden vollständig ins Ausland verlagert und damit die territorialen rechtlichen Verpflichtungen umgeht. Dieser Ansatz wäre unvereinbar mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und der EU-Charta der Grundrechte, die Australien nicht unterzeichnet hat (SVR 2024; Thym 2024).

Die Vorschläge rechtspopulistischer Parteien zur Externalisierung des Asylrechts lassen sich in drei Gruppen unterteilen, die sich in ihrer Restriktivität unterscheiden:

1. *Bearbeitung einiger Asylanträge im Ausland bei gleichzeitiger Gewährung von territorialem Asyl:* Bei diesem Ansatz werden nur bestimmte Asylanträge außerhalb des Landes geprüft, während die restlichen Anträge weiterhin im Inland bearbeitet werden. Dieser Vorschlag wird von der Partei FdI unterstützt.

2. *Bearbeitung aller Asylanträge im Ausland mit Einreiseerlaubnis für anerkannte Asylbewerberinnen und Asylbewerber:* In diesem Modell werden sämtliche Asylanträge im Ausland bearbeitet, jedoch dürfen nur die Personen, die als Flüchtlinge anerkannt werden, ins Land einreisen. Der RN befürwortet dieses Modell.

3. *Bearbeitung von Asylanträgen im Ausland ohne Zulassung von Flüchtlingen ins Land:* Dieser Ansatz ist der restriktivste, da Asylsuchende auch bei Anerkennung ihres Status nicht ins Land einreisen dürfen und stattdessen außerhalb des Landes untergebracht werden. Die FPÖ unterstützt implizit dieses Modell, indem sie das „Australien-Modell“¹¹ befürwortet.

Andere Parteien sind schwieriger zuzuordnen, wobei die Lega tendenziell näher an Ansatz 1 und die AfD näher an Ansatz 3 liegt.

Wenn man die Positionen der einzelnen Parteien betrachtet, fällt insbesondere die FPÖ durch ihre Radikalität auf. Ihr Wahlprogramm fordert eine umfassende Lösung für das Problem der illegalen Migration und setzt sich für eine „No Way“-Politik nach australischem Vorbild ein, die eine Nulltoleranz gegenüber illegalen Asylsuchenden beinhaltet. Die FPÖ verwendet drastische Begriffe wie „Asylstopp“. Sie fordert, dass Asylanträge nur aus dem Ausland eingereicht werden können, und unterstützt somit eine Politik, die es Personen außerhalb

Europas verwehrt, auf europäischem Boden Asyl zu erhalten (FPÖ 2024a: 7). Entsprechend plädiert die Partei für die Einrichtung von Flüchtlingszentren ausschließlich außerhalb Europas (FPÖ 2024a: 7, 2024c: 46).

VOX bezieht sich zwar nicht ausdrücklich auf das australische Modell, scheint aber ein ähnliches Modell zu favorisieren. Die Partei schlägt eine „Seeblockade“ und die Einrichtung von EU-verwalteten „Ausschiffungsplattformen“ in Drittstaaten zur Prüfung von Asylanträgen vor (VOX 2023: 102). Ihre Rhetorik ist ungenauer und bezieht sich allgemein darauf, dass alle Anträge auf internationalen Schutz außerhalb der EU geprüft werden sollten. Zudem wird betont, dass die „regionale Integration von Asylbewerbern“ in sicheren Ländern innerhalb derselben Region gefördert werden soll (VOX 2024: 16). Die AfD hingegen scheint sich vom australischen Modell (das 2021 erwähnt wurde) distanziert zu haben, indem sie in ihrem jüngsten Wahlprogramm den Ruanda-Plan befürwortet und vorschlägt, dass Asylverfahren in Drittstaaten stattfinden sollten, die bereit sind, Asylsuchende aufzunehmen (VOX 2024: 14).

Auch der RN befürwortet einen strikten Ansatz, demzufolge Asylanträge „ausschließlich im Ausland“ bearbeitet werden sollten. Dies würde das Prinzip des territorialen Asyls, das den Zugang zum nationalen Asylverfahren bei Ankunft garantiert, erheblich untergraben. Konkret schlägt die Partei vor, dass Asylanträge in den Botschaften und Konsulaten der Herkunftsländer bearbeitet werden, wie im Wahlprogramm für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 dargelegt (RN 2024a: 9).

Die italienische Lega fordert eine Reform des europäischen Asylsystems, um zu verhindern, dass illegal einwandernde Personen europäischen Boden erreichen. Sie schlägt vor, in Transitländern, insbesondere an den südlichen Ufern des Mittelmeers, Identifizierungszentren für Migrantinnen und Migranten einzurichten, um Asylanträge zu prüfen und zu bearbeiten (Lega 2024: 16). Noch vor zwei Jahren hatte die Lega empfohlen, die Einreichung von

Abb. 1: Aktuelle Positionen rechtspopulistischer Parteien zu Asylmodellen und -verfahren

| Gesichtspunkt | AfD | FPÖ | RN | VOX | Lega | FDI |
|---------------------------------------|-------------|----------------------|------------------------------|---------------------------------------------|----------------------------------|-----------------------------------|
| Bevorzugtes Modell / Maßnahmen | Ruanda-Plan | Australisches Modell | Asylverfahren in Botschaften | Seeblockade, EU-Asylzentren in Drittstaaten | EU-Asylzentren in Transitstaaten | EU-Asylzentren in Drittstaaten |
| Asylverfahren im Ausland | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja | Ja, aber nicht ausschließlich |
| Asylgewährung im Zielstaat | Teilweise | Nein | Ja | Keine Erwähnung | Ja | Ja, mit EU-Verteilungsmechanismus |

Quelle: Wahlprogramme der Parteien / eigene Darstellung

11 Das australische Modell findet sich hier, weil es in seiner letzten Fassung anerkannten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern jede Chance verwehrt, sich in Australien niederzulassen.

Asylanträgen in Italien ausschließlich über die diplomatischen Vertretungen Italiens und der EU im Herkunftsland der Asylsuchenden oder in den Nachbarländern „zu fördern“ (Lega 2022: 94). Dies entspricht im Wesentlichen der Position des RN, auch wenn das Wort „fördern“ eine weniger verbindliche Haltung der Lega zum Ausdruck bringt.

Die am wenigsten restriktiven Vorschläge zum Asylrecht finden sich in den Wahlprogrammen der FdI.¹² Ähnlich wie VOX befürwortet die FdI die Einrichtung von Hotspots in außereuropäischen Gebieten, die von der EU verwaltet werden, um Asylanträge zu prüfen (FdI 2022: 32). Die FdI fordert jedoch nicht, dass Asylanträge ausschließlich außerhalb Europas bearbeitet werden oder dass Asyl nur in sicheren Drittstaaten gewährt werden darf. Sie betont auch die gerechte Verteilung der berechtigten Asylbewerberinnen und Asylbewerber auf die 27 EU-Mitgliedstaaten, während VOX sich in dieser Hinsicht unklarer äußert.

Abschiebung

Rechtspopulistische Parteien setzen sich nicht nur für eine äußerst restriktive Asylpolitik ein, sondern fordern auch eine verstärkte Abschiebung nicht nur von irregulären, sondern insbesondere von straffällig gewordenen Migrantinnen und Migranten. Die Unterschiede zwischen diesen Parteien liegen vor allem im Ton, da sie sich weitgehend darin einig sind, dass die Abschiebungsverfahren vereinfacht werden sollten. Keine der Parteien unterstützt offen die weitreichenden „Remigrations“-Pläne, die beim Extremistentreffen in Potsdam diskutiert wurden und Anfang 2024 harsche Kritik an der AfD auslösten. Italienische Parteien, insbesondere die FdI, gehen vorsichtiger vor und sorgen dafür, dass ihre Abschiebeforderungen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen bleiben, etwa indem sie die Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern betonen.

VOX scheint eine besonders harte Linie bei Abschiebungen zu vertreten, da sie die „sofortige Ausweisung“ aller Personen ohne legale Einreiseerlaubnis fordert sowie deren Inhaftierung und Abschiebung, wenn sie sich bereits im Land befinden (VOX 2021: 26, 2023: 100, 2024: 16). Es bleibt jedoch unklar, ob sich die „sofortige Ausweisung“ auf Pushbacks an der Grenze oder auf die Abschiebung von Zugewanderten bezieht, die sich bereits im Land befinden – letzteres wäre praktisch kaum umsetzbar. Aufgrund dieser Unklarheit ist es schwierig zu beurteilen, ob die Pläne von VOX möglicherweise eine ordnungsgemäße Prüfung der Asylanträge umgehen und damit gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung verstoßen würden. Zudem verstärkt die Forderung der Partei nach der Rückführung unbegleiteter Minderjähriger den Eindruck

von Radikalität, obwohl dies widersprüchlich erscheint, da unbegleitete Minderjährige per Definition ohne ihre Eltern reisen und VOX verwirrenderweise angibt, dass sie zusammen mit ihren Eltern zurückgeschickt werden sollten (VOX 2023: 100). Auch wird die Ausweisung von Zugewanderten gefordert, die schwere Straftaten begehen oder „Kleinkriminalität zu ihrem Lebensstil machen“, verbunden mit der zusätzlichen Forderung, dass die Strafen im Herkunftsland verbüßt werden sollen (VOX 2023: 100). In diesem Punkt stimmen die Argumente von VOX mit denen der AfD überein, die in ihrem Wahlprogramm 2021 eine Erleichterung der Abschiebungen auch bei geringfügigen Vergehen fordert (AfD 2021: 77).

Während VOX nicht auf rechtliche Abschiebehindernisse eingeht, unterstreichen Parteien wie die AfD und der RN, dass rechtliche Hindernisse die Abschiebung von ausländischen Straftätern, die sich legal im Land aufhalten, oft verhindern. Während die AfD schreibt, dass die rechtlichen Abschiebehindernisse abgebaut und die Abschiebungsverfahren gestrafft werden müssen, und insbesondere fordert, dass Abschiebungen von Strafgerichten durchgeführt werden (AfD 2021: 77), geht der RN noch weiter und plädiert für die Abschaffung aller Ausnahmen, die die Abschiebung von Ausländern und Ausländerinnen verhindern (RN 2024a: 6). Die Partei präzisiert, dass die Kriterien der „Notwendigkeit“ und der „Verhältnismäßigkeit“ abgeschafft werden sollen und dass es dem Parlament erlaubt sein soll, die Fälle zu bestimmen, in denen die Ausweisung Anwendung findet (RN 2022a: 13).

Die AfD widmet dem Thema Abschiebung große Aufmerksamkeit. In ihren Programmen greift sie das Thema immer wieder auf und widmet ihm unter der Überschrift „Abschiebung und Rückführung“ einen ganzen Abschnitt in ihrem Wahlprogramm. Unter dem Schlagwort „Abschiebeoffensive“ präsentiert sie eine Reihe von Vorschlägen, die darauf abzielen, das Abschiebungsverfahren zu vereinfachen. Hierfür sollen die Kriterien für die Abschiebefähigkeit erweitert werden, um so den Rückstau an Fällen abzubauen (AfD 2021: 93). Die AfD setzt auf einen Mix aus Anreizen und Sanktionen, wobei sie letzterem deutlich mehr Gewicht einräumt. Einerseits betont die Partei, dass eine freiwillige Rückkehr aus finanziellen, organisatorischen und humanitären Gründen immer der Abschiebung vorzuziehen sei und daher die Bereitschaft zur freiwilligen Rückkehr deutlich stärker gefördert werden sollte. Andererseits vertritt die Partei eine strikte Haltung und fordert die Ausstellung von Ausreisepflichtbescheinigungen anstelle von Duldungen sowie die uneingeschränkte Abschiebung von Gefährdern und Straftätern, selbst in Konfliktgebiete wie Afghanistan, Irak und Syrien (AfD 2021: 92).

12 Im November 2023 kündigte die italienische Ministerpräsidentin Meloni eine Regelung an, bei der Asylsuchende, die von italienischen Schiffen aus dem Meer gerettet werden, nach Albanien zu überstellen sind, um dort ihre Asylanträge zu bearbeiten (mit Ausnahme von Minderjährigen, Schwangeren und besonders schutzbedürftigen Personen). Im Gegensatz zur Ruanda-Regelung würden die Anträge von italienischen Behörden in Albanien bearbeitet, und erfolgreiche Antragsteller würden in Italien Asyl erhalten. Italien wäre auch für die Abschiebung abgelehnter Antragsteller verantwortlich. Dieser im Vergleich zum Ruanda-Plan weniger strenge Ansatz könnte erklären, warum die Fratelli d'Italia (FdI) in ihrem aktuellen Wahlprogramm eine weniger restriktive Haltung zum Asylrecht eingenommen hat.

Bei der Analyse der Abschiebepolitik der AfD ist zu berücksichtigen, dass das Thema im deutschen Kontext enger mit dem Thema Asyl verknüpft ist, als in anderen Ländern (angesichts der größeren Zahl von Asylsuchenden im Land). Dementsprechend betont die AfD in ihrem Wahlprogramm, dass das Ziel einer Erhöhung der Abschiebungen durch eine kontrollierte und zeitlich begrenzte Anwendung des Asylrechts erreicht werden sollte. Die Partei erklärt, dass der Schutz vor den Folgen des Krieges vorübergehend sei und nicht zu einer dauerhaften Einwanderung führen sollte (AfD 2024: 17). Sobald der Frieden in den meisten Teilen eines Herkunftslandes wiederhergestellt ist, sollten die EU oder Deutschland umgehend die Bedingungen für die Rückkehr von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern aushandeln und deren Rückführung durchsetzen (AfD 2024: 17). Ähnlich, wenn auch knapper, fordert die FPÖ ein strengeres Vorgehen bei der Abschiebung und drängt auf einen „Remigrationspakt“, der die Abschiebung aller abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerber und kriminellen Migrantinnen und Migranten beinhalten würde (FPÖ 2024a: 7). Für letztere fordert die Partei ein „extraterritoriales Gefängnis mit Abschreckungswirkung für Kriminaltouristen“ (FPÖ 2024c: 51).

Im Vergleich zu anderen Parteien verfolgen die rechtspopulistischen Parteien Italiens, die Lega und insbesondere die FdI, einen weniger restriktiven Ansatz bei der Abschiebung. Die einzige von der Lega erwähnte Maßnahme ist die Verlängerung der Haftdauer in Abschiebezentren. Die FdI nimmt eine gemäßigte Haltung ein und befürwortet die Stärkung des europäischen Rückführungssystems durch die Umsetzung von Abkommen mit Herkunfts- und Transitländern sowie die Aushandlung weiterer Abkommen über die freiwillige unterstützte Rückführung. In ihren jüngsten Wahlprogrammen betont die Partei nicht nur die Abschiebung illegaler Einwanderer, sondern konzentriert sich auch auf die Schaffung eines kooperativen Rahmens mit anderen Ländern, um eine reibungslose Durchführung von Rückführungsprozessen zu gewährleisten.

Bei der Untersuchung von Abschiebevorschlägen fallen VOX und die RN durch ihre besonders radikale Haltung auf, die zu umfassenden Abschiebungen aufrufen. Die AfD hingegen zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Abschiebung als Teil einer umfassenderen Remigrationsagenda hervorhebt. Die Partei scheint der Abschiebung ebenso viel Bedeutung beizumessen wie der Begrenzung der Migration, so dass ihr Konzept der Remigration mehr als nur ein Slogan ist. Letztlich bedeutet dies, dass die Migration nicht zur Integration in die Gesellschaft führt, sondern zur „Remigration“. Dies wird vielleicht am besten durch ihre Behauptung veranschaulicht, dass „für Asylbewerber im schulpflichtigen Alter das Ziel der Schulbildung darin bestehen muss, sie auf die Möglichkeit der Rückkehr in ihr Heimatland vorzubereiten“ (AfD 2021: 151).

Grenzkontrollen

Die Grenzpolitik ist für die meisten rechtspopulistischen Parteien ein zentrales Thema. Während einige Parteien in erster Linie für die Stärkung der europäischen Außengrenzen eintreten, verfolgen andere einen ausdrücklich dualen Ansatz und fordern, dass die Nationalstaaten auch ihre eigenen nationalen Grenzen schützen dürfen. Typischerweise betonen Parteien in südeuropäischen Ländern, wie Italien und Spanien, die Stärkung der EU-Außengrenzen. Im Gegensatz dazu plädieren Parteien in Staaten, die von sekundärer Migration betroffen sind, wie Deutschland und Frankreich, für die Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen neben EU-Maßnahmen. Rechtspopulistische Parteien unterscheiden sich auch darin, inwieweit sie bereit sind, Rechtsnormen in Frage zu stellen oder zu überarbeiten. Einige befürworten offene Maßnahmen wie Pushbacks oder Beschränkungen der Freizügigkeit von Nicht-EU-Bürgern innerhalb Europas und stellen damit etablierte Rechtsgrundsätze in Frage, während andere lediglich eine rigorosere Anwendung bestehender Maßnahmen fordern, zum Beispiel durch eine Stärkung der Rolle von Frontex.

Zu den Parteien, die die restriktivsten Maßnahmen befürworten, zählt der RN. Die Partei fordert eine „doppelte Grenze“, was eine Verschärfung der Kontrollen sowohl an der französischen als auch an der EU-Grenze zur Folge hätte. Konkret schlägt der RN vor, die Schengener Abkommen zu ändern, indem Grenzkontrollen wieder eingeführt werden, jedoch für EU-Bürger durch vereinfachte Grenzübergangsverfahren ersetzt werden. Dadurch würden die Schengen-Privilegien für Personen aus Nicht-EU-Staaten eingeschränkt (RN 2022a: 15). Zusätzlich setzt sich der RN für eine striktere Grenzpolitik an den Außengrenzen Europas ein, die es Frontex ermöglichen würde, Personen ohne Einreiseerlaubnis zurückzuweisen (RN 2024a: 9).

Die AfD verfolgt ebenfalls einen dualen Ansatz, konzentriert sich jedoch noch stärker auf den Schutz der nationalen Grenzen als der RN. Während die Partei nationale und europäische Grenzschutzmaßnahmen zu kombinieren versucht, betont sie die Notwendigkeit, dass die Nationalstaaten ihre eigenen Grenzen schützen. Daher setzt sich die AfD für eine Reform des Schengener Abkommens ein, um den Nationalstaaten wieder die Kontrolle über ihre eigenen Grenzen zu ermöglichen (AfD 2024: 15). Dazu gehört auch die Wiederherstellung der Befugnisse der Bundespolizei als Grenzschutzbehörde an den deutschen Grenzen und eine entsprechende Mitteilung an die EU-Kommission (AfD 2024: 17).¹³ Im Einklang mit ihrem souveränistischen Ansatz argumentiert die Partei, dass die Zurückweisung an der Grenze als selbstverständliches Recht souveräner Staaten betrachtet werden sollte. Darüber hinaus empfiehlt die AfD den Bau physischer Barrieren, wie Grenzzäune, um die „grüne Grenze“ – die natürlichen Grenzabschnitte, die

¹³ Innerhalb des Schengen-Raums muss die Wiedereinführung von Grenzkontrollen der EU-Kommission und den anderen Mitgliedstaaten gemeldet werden, um sicherzustellen, dass solche Maßnahmen gerechtfertigt sind und im Einklang mit dem EU-Recht stehen.

nicht durch offizielle Kontrollpunkte oder Infrastrukturen abgedeckt sind – effektiv zu überwachen (AfD 2021: 90).

Es überrascht vielleicht nicht, dass VOX den Schwerpunkt auf die Verhinderung irregulärer Migration an der Südgrenze legt. Besonders drakonisch ist der Vorschlag, eine Seeblockade einzurichten, um die sofortige Rückkehr von Migrantinnen und Migranten in die sicheren Häfen der Herkunfts- und Transitländer zu gewährleisten (VOX 2023: 102). Außerdem wird der Einsatz des Militärs an den Grenzen von Ceuta, Melilla und den Kanarischen Inseln gefordert. An anderer Stelle betont VOX die Verhinderung von Überfahrten durch kombinierte Marineeinsätze, die Einrichtung regionaler Ausschiffungsplattformen in Drittstaaten und die sichere Überführung von Booten (VOX 2024: 15). Darüber hinaus fordert die Partei verbesserte Kontrollstrukturen und maritime Überwachung zur Sicherung der europäischen Südgrenze. Insgesamt weist der Ansatz von VOX eine gewisse Ähnlichkeit mit der sogenannten Pazifiklösung auf, die darauf abzielt, Migrantinnen und Migranten daran zu hindern, australische Küsten zu erreichen, indem sie in Offshore-Verarbeitungszentren umgeleitet wurden.

Wie VOX befürwortet auch die Fdl eine Seeblockade zur Unterbindung des Menschenhandels in Abstimmung mit den nordafrikanischen Behörden. Es wird jedoch nicht spezifiziert, was dies bedeutet und ob es militärische Gewalt beinhaltet. Darüber hinaus empfiehlt die Fdl eine Stärkung der EU-Grenzkontrollen durch eine Aufwertung der Rolle von Frontex, Europol und Eurodac (Fdl 2024a: 12). In ähnlicher Weise fordert die Lega verstärkte Sicherheitsmaßnahmen, einschließlich verstärkter Grenzkontrollen und Abkommen mit nordafrikanischen Ländern wie Libyen, Tunesien, Algerien und Ägypten. Die Lega befürwortet die Unterstützung der EU bei der Finanzierung von Instrumenten zur Verhinderung illegaler Grenzübertritte zu Wasser und zu Land. Die Wahlprogramme der FPÖ enthalten zwar keine spezifischen Maßnahmen, ihre allgemeine Haltung steht jedoch im Einklang mit strengen Grenzkontrollmaßnahmen und der Reduzierung der Einwanderung (FPÖ 2024a: 7). Stattdessen weicht die Partei auf einprägsame Sprachbilder von der „Festung Europa“ sowie der „Festung Österreich“ aus und fordert etwa plakativ Pushbacks an Österreichs Grenzen (FPÖ 2024c: 46).

Im Allgemeinen weisen rechtspopulistische Parteien in ganz Europa ein eher begrenztes Spektrum an politischen Maßnahmen zur Grenzsicherung auf, was ihre geografischen Gegebenheiten widerspiegelt. Parteien in Ländern wie Italien und Spanien betonen die Stärkung der europäischen Südgrenzen, um irreguläre Migration zu verhindern, während Parteien in Ländern wie Deutschland und Frankreich die Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen neben stärkeren EU-Maßnahmen befürworten. Darüber hinaus unterscheiden sich diese Parteien darin, inwieweit sie bereit sind, Rechtsnormen zu verletzen oder zu revidieren, da einige Parteien wie die AfD und der RN offen für Pushbacks und Einschränkungen der Freizügigkeit von Nicht-EU-Bürgern in Europa eintreten. Zu die-

ser Politik gehören häufig Vorschläge für Seeblockaden und physische Barrieren, die schwer umzusetzen sind und nach internationalem Recht erhebliche rechtliche und humanitäre Bedenken aufwerfen. Die AfD zeichnet sich durch ihre starke Fokussierung auf die nationalen Grenzen aus und drängt darauf, dass die Nationalstaaten die Kontrolle über ihre Grenzsicherung zurückgewinnen.

Arbeitsmigration

Die Arbeitsmigrationspolitik ist für die rechtspopulistischen Parteien im Allgemeinen nicht von zentraler Bedeutung, da ihre starke einwanderungsfeindliche Haltung mit einem Schwerpunkt auf der irregulären Migration einhergeht. Die meisten rechtspopulistischen Parteien sind sich darin einig, dass die Arbeitsmigration auf die spezifischen Arbeitsmarktbedürfnisse ihres Landes zugeschnitten werden muss und dass die einheimische Beschäftigung Vorrang haben soll. Die Unterschiede zwischen ihnen sind also keineswegs gravierend. Auffällig ist jedoch, dass einige Parteien den nationalen Vorrang und strenge Grenzen stärker betonen und argumentieren, dass ausländische Arbeitskräfte nur zugelassen werden sollten, wenn keine geeigneten einheimischen Arbeitskräfte verfügbar sind.

Zu diesen Parteien zählt der RN, der sich seit langem für eine Politik des „nationalen Vorrangs“ einsetzt (RN 2024b: 10). Diese Politik sieht vor, dass einheimischen Bürgerinnen und Bürgern beim Zugang zu Arbeitsplätzen, Sozialwohnungen und Sozialleistungen Vorrang eingeräumt wird (RN 2022a: 14). Die Partei betont, dass nur solche Ausländerinnen und Ausländer zugelassen werden sollten, die über die nötigen Qualifikationen verfügen, um Arbeitsplätze zu besetzen, die nicht mit Einheimischen besetzt werden können. Diese Politik wird damit begründet, dass die Arbeitsmigration die Beschäftigungsmöglichkeiten für französische Staatsbürger nicht beeinträchtigen darf.

Auch bei der Arbeitsmigration nimmt die AfD eine restriktive Haltung ein. Die Partei schlägt die Abschaffung des „Spurwechsels“ vor (AfD 2021: 91), der es abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ermöglicht, auf andere Aufenthaltstitel, beispielsweise über eine Beschäftigung, auszuweichen. Stattdessen unterstützt die AfD den Ausbau des EU-Instruments der Blue Card, um hochqualifizierte Fachkräfte, insbesondere in MINT-Berufen (Wissenschaft, Technik, Ingenieurwesen und Mathematik), anzuziehen (AfD 2024: 19). Darüber hinaus befürwortet die AfD die Einführung von sektoralen Quoten für den Arbeitsmarkt nach dem Vorbild Japans, um die Zahl der zugelassenen ausländischen Arbeitskräfte in bestimmten Branchen zu regulieren (AfD 2024: 19). Diese Politik zielt darauf ab, die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu decken und gleichzeitig die Zahl ausländischer Arbeitskräfte so gering wie möglich zu halten.

Obwohl VOX der Arbeitsmigration gegenüber aufgeschlossener ist, bevorzugt die Partei Arbeitsmigration aus der „Ibersphäre“ – also Ländern, die sprachliche, kulturelle

und historische Verbindungen zu Spanien haben. Diese Politik zielt darauf ab, Einwandernde aus spanischsprachigen Ländern zu begünstigen und so die kulturellen und historischen Bindungen zu stärken. Durch die Konzentration auf die Iberosphäre will VOX die Integration von Zugewanderten in die spanische Gesellschaft und den Arbeitsmarkt erleichtern und sicherstellen, dass die Neankömmlinge einen gemeinsamen kulturellen Hintergrund mit dem Aufnahmeland haben (VOX 2021: 36, 104, 2023: 101).

Die FdI befürwortet die Schaffung eines ausgewogenen und kontrollierten Migrationssystems, das den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspricht und gleichzeitig die soziale Stabilität aufrechterhält. Zu diesem Zweck unterstützt sie die Einführung von Quoten für die reguläre Zuwanderung, die das Arbeitskräfteangebot an die Nachfrage anpassen (FdI 2024: 12). Dies stellt eine Abkehr vom Wahlprogramm 2019 dar, in dem „Quoten für die reguläre Einwanderung nur für Nationalitäten, die ihre Integration nachgewiesen haben und kein Sicherheits- oder Terrorisismusrisiko darstellen“ gefordert wurden (FdI 2019: 12).

Während die FPÖ in ihren Wahlprogrammen keine konkreten Angaben zur Arbeitsmigrationspolitik macht und zuletzt auch explizit hervorhebt, dass diese kein Beitrag für den Fachkräftemangel sein kann (FPÖ 2024c: 60), erwähnt die Lega diese kurz in ihrem Programm. Sie erklärt, dass sie ein Dekret (decreto flussi)¹⁴ in Erwägung zieht, das den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht wird, ohne dabei zu einem weiteren Regularisierungsversuch zu führen. Das Dekret soll die Einwanderung in den Arbeitsmarkt auf qualitativ hochwertige, spezialisierte sowie saisonale Zuwanderung beschränken und nur auf einer vorübergehenden Basis ermöglichen (Lega 2022: 93). In diesem Sinne ist die Lega keine Ausnahme: Ob durch nationalen Vorrang, strenge Quoten oder kulturelle Präferenzen – diese Parteien betonen die Notwendigkeit, die Arbeitsmigration zu regulieren, um die inländischen Beschäftigungsmöglichkeiten zu schützen und die soziale Stabilität zu wahren.

Familienzusammenführung

Obwohl die Familienzusammenführung eine legale Form der Migration ist, lehnen rechtspopulistische Parteien sie häufig ab und versuchen, die Bedingungen zu verschärfen, sie auf bestimmte Gruppen zu beschränken oder sie ganz zu verbieten. Während rechtspopulistische Parteien oft behaupten, christliche Werte zu verteidigen, sind sie weit davon entfernt, die wohlwollende Haltung der Kirche zur Familienzusammenführung zu billigen. Dies ist das Ergebnis ihrer nativistischen Agenda: Da rechtspopulistische Parteien der Erhaltung der nationalen Identität und der kulturellen Homogenität Priorität einräumen, ist die Familienzusammenführung Teil der allgemeinen Bedrohung des kulturellen und sozialen Gefüges der Na-

tion. Andererseits argumentieren diese Parteien, dass die Familienzusammenführung als Mittel zur Umgehung von Einwanderungskontrollen ausgenutzt werden kann, was zu einer erhöhten Nachfrage nach Sozialleistungen, Wohnraum und Sozialleistungen führt, die die öffentlichen Ressourcen belasten kann. Außerdem setzen sie die Familienzusammenführung häufig mit (unerwünschter) dauerhafter Migration und mit ‚unproduktiven‘ Personen (im Gegensatz zu Arbeitsmigration) gleich.

Die beiden Parteien mit den strengsten oder weitreichendsten Positionen sind der RN in Frankreich und VOX in Spanien. Das völlige Verbot der Familienzusammenführung ist seit langem ein zentrales Versprechen in den Wahlprogrammen des RN, auch wenn die Partei in ihren jüngsten programmatischen Dokumenten diese Forderung abschwächt und von einer Beschränkung nach strengen wirtschaftlichen Kriterien, wie etwa ein festes Beschäftigungsverhältnis sowie vorhandene Ressourcen, spricht (RN 2022a: 14). VOX hingegen hat keine fixierte Position zu diesem Thema, das nur in ihrem Wahlprogramm für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 auftaucht. Allerdings nimmt die Partei hier eine sehr restriktive Haltung ein. So schlägt sie vor, dass die Zusammenführung nur für Kinder und unter zwei zusätzlichen Bedingungen erlaubt sein sollte: in Fällen, in denen das Kind im Herkunftsland zurückgelassen wurde, und unter der Voraussetzung, dass das Herkunftsland die Familienzusammenführung von Minderjährigen akzeptiert (VOX 2024: 16).

Im Einklang mit ihrer stärkeren Fokussierung auf das Thema Asyl lehnen sowohl die AfD als auch die FPÖ insbesondere den Familiennachzug für Geflüchtete ab. Das Wahlprogramm der AfD bringt dies kurz und bündig zum Ausdruck und spricht sich für eine völlige Ablehnung aus (AfD 2021: 91). Die FPÖ erwähnt die Familienzusammenführung in ihrem Wahlprogramm zur Europawahl 2024 nicht, fordert aber auf ihrer Website und im Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2024, dass die Familienzusammenführung in den Herkunftsländern der Zugewanderten und nicht in Österreich stattfinden sollte (FPÖ 2024b, 2024c: 47), was bedeutet, dass Asylsuchende in ihre Heimatländer zurückkehren sollten, anstatt ihre Familien nach Österreich zu holen.

In Italien war die Familienzusammenführung im Jahr 2022 zwar eine bedeutende Option für die legale Einreise, doch beide rechtspopulistische Parteien gehen in ihren Wahlprogrammen nicht direkt auf dieses Thema ein. Die Lega erwähnt es nur, wenn sie Amnestien wie die Bellanova/Lamorgese-Amnestie von 2020 kritisiert, die, ihrer Meinung nach, neue irreguläre Einwanderung über den Weg der Familienzusammenführung anlockte (Lega 2022: 92-3). Die implizite Annahme ist hier, dass solche Maßnahmen Anreize für irreguläre Migrantinnen und Migranten schaffen.

¹⁴ Ein decreto flussi ist eine Verwaltungsmaßnahme, die in Italien verwendet wird, um die Einreise von ausländischen Arbeitnehmern in das Land zu regeln und zu verwalten. Es legt jährliche Quoten für die maximale Anzahl von Nicht-EU-Bürgern fest, die zu Arbeitszwecken zugelassen werden können, einschließlich saisonaler und nicht-saisonaler Beschäftigung.

So könnten diese darauf hoffen, durch zukünftige Amnestien einen legalen Status zu erhalten und dann die Option der Familienzusammenführung zur Verlängerung des Aufenthalts nutzen. Die Fdi hingegen erwähnt die Familienzusammenführung in ihrem Wahlprogramm nicht einmal.

Insgesamt stehen die rechtspopulistischen Parteien in ganz Europa der Familienzusammenführung generell kritisch gegenüber und befürworten strenge Beschränkungen. Der RN sticht in dieser Hinsicht als radikalste Partei hervor: Auf ihrer Website erklärt sie immer noch, dass sie der „Siedlungsmigration“ und der Familienzusammenführung ein Ende setzen will. Aber auch VOX, die AfD und die FPÖ setzen sich für sehr restriktive Maßnahmen ein. Die italienischen Parteien hingegen vermeiden es, das Thema in ihren aktuellen Programmen zu behandeln.

Irreguläre Migration und Regularisierung

Rechtspopulistische Parteien setzen irreguläre Migration mit Illegalität oder der Verletzung von Rechtsnormen gleich. Dementsprechend treten sie in der Regel für strengere Maßnahmen zur Bekämpfung der irregulären Migration ein und geben Abschiebungen den Vorzug vor Legalisierungen. Durch letzteres wird nach Auffassung der rechtspopulistischen Parteien Illegalität legitimiert, die Rechtsstaatlichkeit untergraben und möglicherweise weitere illegale Einwanderung begünstigt. Diese Haltung ist Ausdruck ihres generellen Bekenntnisses zu einem streng legalistischen Ansatz bei der Anwendung der Einwanderungsbestimmungen. In dem strikten Entweder-Oder zwischen Legalität und Illegalität verbirgt sich jedoch gleichzeitig eine Ablehnung dazwischenliegender Kategorien, wie etwa Geduldete, jene also, denen kein vollständiger legaler Status gewährt wird, die aber vorübergehend bleiben dürfen.¹⁵

Die Vielfalt der Regularisierungsansätze in den europäischen Ländern unterstreicht die unterschiedlichen nationalen Kontexte und Strategien. In der Vergangenheit haben Länder wie Frankreich, Italien und Spanien Regularisierungsprogramme durchgeführt, um Rechtsunsicherheit zu beseitigen und den Status bestimmter Personengruppen ohne gültige Aufenthaltspapiere zu regeln. Im Gegensatz dazu hat Deutschland einen vorsichtigeren Ansatz gewählt und sich eher auf die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung (*Duldung*) und nicht auf groß angelegte Regularisierungsmaßnahmen konzentriert.

Dennoch sind sich die rechtspopulistischen Parteien im Allgemeinen einig in ihrer Ablehnung von Legalisierungen oder von solchen Hindernissen, die einer verstärkten Abschiebung im Wege stehen. VOX vertritt in dieser Hinsicht eine eindeutige Position und erklärt, dass für alle illegal Eingereisten niemals eine Legalisierung möglich sein sollte, fordert die Abschaffung aller Regulari-

sierungswege und schlägt abschreckende Maßnahmen vor. Dazu zählen insbesondere langfristige Visasperren für diejenigen, die ihre Visa illegal überziehen sowie ein Verbot der Registrierung irregulärer Migrantinnen und Migranten und des Zugangs zu entsprechenden Leistungen (VOX 2021: 26, 2023: 101-103, 2024: 16).

In ähnlicher Weise fordert der RN die Aussetzung aller Regularisierungen durch die Präfekten, die als regionale Vertreter der französischen Regierung agieren – und damit die Beendigung jeglicher administrativer Nachsicht gegenüber irregulären Migrantinnen und Migranten. Stattdessen spricht sich die Partei dafür aus, Ausnahmen nur auf individueller Basis und „aus einem höheren Grund des nationalen Interesses oder wenn die betreffende Person Frankreich herausragende Dienste erwiesen hat“ zuzulassen (RN 2022a: 25). Zudem verlangt die Partei strengere Maßnahmen gegen illegale Einwanderung, einschließlich der Wiederherstellung von Straftatbeständen für illegale Einreise oder Aufenthalt sowie verschärfter Strafen für Arbeitgeber, die illegale Arbeitskräfte beschäftigen (RN 2022a: 13, 2024b: 6).

Die italienischen Parteien konzentrieren sich stattdessen auf Amnestien oder kollektive Legalisierungsmaßnahmen, da diese in Italien relativ häufig angewendet werden. Während die Fdi ausdrücklich erklärt, dass es „niemals eine neue Amnestie geben wird“ (Fdi 2022: 93), und damit eine restriktive Haltung gegenüber der großen Zahl irregulärer Migrantinnen und Migranten in Italien einnimmt, übt die Lega lediglich Kritik an den Regularisierungsmaßnahmen der Vergangenheit. Besonders im Fokus der Kritik steht die Bellanova/Lamorgese-Regularisierung der Regierung Conte aus dem Jahr 2020, die von der Anti-Establishment-Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) und der Mitte-Links-Partei Demokratische Partei (PD) unterstützt wurde. Die Lega argumentiert, dass solche Maßnahmen die Bereitschaft signalisieren, illegale Zustände zu legitimieren und mehr irreguläre Migration anziehen (Lega 2022: 92-3). Sie vertritt daher die Ansicht, dass der Mangel an Arbeitskräften auf andere Weise als durch Legalisierungen behoben werden sollte.

Auf den ersten Blick mag es überraschen, dass weder die AfD noch die FPÖ die Legalisierung in ihren Wahlprogrammen erwähnen. Das liegt an den unterschiedlichen rechtlichen Kontexten. Konkret hat Deutschland in der Vergangenheit Regularisierungen für bestimmte Gruppen und Nationalitäten, die sogenannten „Altfallregelungen“, durchgeführt. In den letzten Jahren wurden jedoch verschiedene Regelungen in das Aufenthaltsgesetz (*AufenthG*) aufgenommen, die es angemeldeten ausreisepflichtigen Personen ermöglichen, eine Aufenthaltserlaubnis und damit einen legalen Status zu erlangen. Diese Regelungen setzen in der Regel eine vorübergehende Aussetzung der

¹⁵ Die AfD lehnt die Duldung als Rechtsstatus ausdrücklich ab und fordert in ihrem Programm für 2021 deren Abschaffung zugunsten der Ausstellung von Ausreisebescheinigungen.

Abschiebung (Duldung) voraus und sind Teil der sogenannten „Spurwechsel“-Politik. Dies erklärt, warum sich die AfD auf die Kritik am „Spurwechsel“ konzentriert und nicht auf die Legalisierungen. Die Partei möchte abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern den Wechsel zu anderen Aufenthaltstiteln, z. B. zur Beschäftigung, verweigern, und zwar im Wesentlichen aus denselben Gründen, aus denen der RN und VOX Legalisierungen ablehnen.

Hilfe für irreguläre Migrantinnen und Migranten

Rechtspopulistische Parteien sind sich auch in ihrer Ablehnung der nichtstaatlichen Hilfe für irreguläre Migrantinnen und Migranten einig und setzen sie mit einer Unterstützung der Illegalität gleich. Sie sind der Ansicht, dass die Hilfe für irreguläre Migrantinnen und Migranten zu weiteren Verstößen gegen die Einwanderungsgesetze ermutigt oder einen „Pull-Effekt“ erzeugt, wodurch diese Hilfe mit Menschenschmuggel gleichgesetzt wird. Eine solche Sichtweise spiegelt ihr Engagement für einen streng legalistischen Ansatz wider, der der Durchsetzung und Abschreckung Vorrang vor humanitären Erwägungen einräumt.

Die rechtspopulistischen Parteien Italiens und Spaniens konzentrieren sich besonders auf private Seenotrettungsaktionen, da viele dieser Aktivitäten im Mittelmeer direkt vor ihren Küsten stattfinden. Insbesondere der ehemalige italienische Innenminister und derzeitige Lega-Chef Matteo Salvini ist ein entschiedener Gegner von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die Such- und Rettungseinsätze im Mittelmeer durchführen. Er hat diese Organisationen oft als „Komplizen“ von Menschenhändlern bezeichnet und während seiner Amtszeit als Innenminister versucht, private Rettungsschiffe am Anlegen in italienischen Häfen zu hindern. Die Lega fordert daher zum einen die Wiedereinführung eines Einreise-, Aufenthalts- und Transitverbots für ausländische NGOs in nationalen Gewässern (Lega 2022: 94). Zum anderen schlägt die Partei einen neuen Verhaltenskodex für NGOs vor, der administrative Beschlagnahme, Einziehung und Geldstrafen für diejenigen vorsieht, die gegen Einreiseverbote verstoßen. Diese Maßnahmen werden mit der Notwendigkeit begründet, die nationale Souveränität und Sicherheit schützen zu müssen (Lega 2022: 94). Die FdI konzentriert sich in ähnlicher Weise auf die Bekämpfung von NGO-Aktivitäten, die die illegale Einwanderung erleichtern (FdI 2022: 32). Obwohl sie in ihrem Programm keine detaillierten Maßnahmen vorschlägt, ist die Position der Partei klar: Sie wendet sich gegen NGO-Aktivitäten, die irregulären Migrantinnen und Migranten helfen.

In ähnlicher Weise befürwortet VOX in Spanien härtere Strafen für die „illegale Einwanderungsmafia“ und deren Mitarbeiter, einschließlich der NGOs. Die Politik von VOX beinhaltet das Verbot und die Streichung öffentlicher Beihilfen für NGOs, die irreguläre Migration unterstützen. Darin spiegelt sich die Überzeugung wider, dass solche Organisationen zum Problem der illegalen Einwanderung beitragen würden (VOX 2021: 26, 2023: 100-101,

2024: 16). In ähnlicher Weise fordert der RN in Frankreich die strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung von Personen, die illegale Migration direkt oder indirekt unterstützen, auch wenn dies nur aus humanitären Gründen geschieht (RN 2022a: 14). Auch die AfD fordert härtere Strafen, wenn sie vorschlägt, solche Handlungen als schwere Straftaten einzustufen, um das Geschäftsmodell krimineller Schlepperbanden und „Nichtregierungsorganisationen“ zu bekämpfen (AfD 2024: 18).

In Österreich hat die FPÖ Maßnahmen ergriffen, um private Akteure aus dem Asylverfahren auszuschließen. Die Partei fordert, dass der Staat sämtliche Asyldienste übernimmt, um den Einfluss und die Aktivitäten privater Organisationen und unkontrollierter NGOs zu beseitigen. Dies wird als Mittel zur Gewährleistung strenger und transparenter Asylverfahren gerechtfertigt. Allerdings schlägt die FPÖ in ihren Wahlprogrammen keine konkreten Maßnahmen vor, was im Vergleich zu anderen rechtspopulistischen Parteien einen weniger detaillierten Ansatz widerspiegelt.

Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern

Rechtspopulistische Parteien in ganz Europa stehen der Entwicklungshilfe im Allgemeinen skeptisch gegenüber und betrachten sie implizit als eine „globalistische“ oder kosmopolitische Politik, die im Zusammenhang mit knappen Ressourcen „Ausländern“ Vorrang vor „Einheimischen“ einräumt. Diese Parteien betonen die Notwendigkeit, armen Menschen vorrangig im eigenen Land Hilfe zukommen zu lassen, während Hilfe für arme Menschen im Ausland nur nachrangig zu behandeln sei. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie die Entwicklungshilfe einfach reduzieren oder ganz einstellen wollen. Vielmehr versuchen sie, den Zweck der Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit neu zu definieren, um den wirtschaftlichen und politischen Interessen ihrer jeweils eigenen Länder zu dienen. Eines dieser Interessen ist die Reduzierung der irregulären Migration.

Die Strategien der rechtspopulistischen Parteien zeigen wenig Unterschiede und setzen auf strengere Kontrollen sowie auf Bedingungen bei der Entwicklungshilfe, etwa um irreguläre Migration zu begrenzen. Viele Parteien, darunter der RN und VOX, plädieren dafür, die Gewährung von Hilfe an die Kooperation der Herkunftsländer bei der Migrationssteuerung zu koppeln. Der RN fordert beispielsweise, Entwicklungshilfe an bestimmte Bemühungen der Herkunftsländer zu knüpfen. Dazu zählen etwa Maßnahmen, um die Bevölkerung von der Abwanderung abzuhalten, den Menschenschmuggel zu bekämpfen und die Rückkehr von ausgewiesenen Staatsangehörigen zu akzeptieren (RN 2024a: 9). Ebenso verlangt VOX die Aussetzung der Hilfe für jene Staaten, die nicht mit Spanien bei der Migrationskontrolle kooperieren (VOX 2023: 103), und fordert eine strenge Überwachung der Hilfe, um die Zusammenarbeit mit Menschenhandelsnetzwerken zu verhindern (VOX 2024: 15).

Die Lega und die AfD knüpfen die Entwicklungshilfe auch an die Verpflichtung der Herkunftsländer, ihrerseits Maß-

Abb. 2: Aktuelle Positionen rechtspopulistischer Parteien zu internationalem und EU-Recht

| Gesichtspunkt | AfD | FPÖ | RN | VOX | Lega | FDI |
|------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------|-------------------------------|-----------------|
| Vorrang nationalen Rechts | Ja | Keine Erwähnung | Ja | Ja | Keine Erwähnung | Keine Erwähnung |
| EU-Migrationspolitiken | Befürwortung des Rücktritts von EU-Migrationsbeschlüssen | Ablehnung des EU-Migrationspakts | Ablehnung des EU-Migrationspakts | Ablehnung des EU-Verteilungsmechanismus | Kritik des EU-Migrationspakts | Keine Erwähnung |
| Rücktritt von internationalen Verträgen | Befürwortung eines Rücktritts von UNO Migrations- und Flüchtlingspakten | Ablehnung des UN-Migrationspaktes | Befürwortet den Austritt aus mehreren Verträgen, darunter auch aus der Genfer Flüchtlingskonvention | Keine Erwähnung | Keine Erwähnung | Keine Erwähnung |

Quelle: Wahlprogramme der Parteien / eigene Darstellung

nahmen zu ergreifen, welche die illegale Einwanderung in die EU eindämmen. Gleichzeitig sollen die Herkunftsländer die Rückkehr ihrer Staatsangehörigen akzeptieren. So spricht sich die AfD dafür aus, nicht nur die Entwicklungshilfe, sondern auch die Visaerteilung und den Marktzugang zur EU für solche Herkunftstaaten einzuschränken, die sich bei dieser restriktiven Einwanderungspolitik in die EU unkooperativ zeigen (AfD 2014: 17).

Die Fdi ist keine große Ausnahme, wenn es um die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern geht. So schlägt die Partei einerseits einen „Mattei-Plan für Afrika“ vor, der darauf abzielt, die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern, um den Anreiz für irreguläre Migration zu verringern. Andererseits fordert sie in ihrem Wahlprogramm 2022, dass Kooperationsabkommen mit Herkunftstaaten an die Bereitschaft dieser Länder geknüpft werden sollen, Rückführungen zu akzeptieren (Fdi 2022: 32).

Internationales/EU-Recht

Rechtspopulistische Parteien in ganz Europa haben ein kritisches Verhältnis zum Völkerrecht und zum Recht der Europäischen Union (EU), das sie häufig als einen Eingriff in die nationale Souveränität verstehen. Ihr Schwerpunkt liegt in der Regel auf zwei Hauptaspekten: Erstens lehnen rechtspopulistische Parteien den Vorrang des EU- oder Völkerrechts vor nationalen Gesetzen und Verfassungen ab und bevorzugen stattdessen eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit, bei der nationale Gesetze Vorrang haben. Zweitens streben diese Parteien die Wiederherstellung der nationalen Kontrolle über zentrale Politikbereiche an, insbesondere Asyl und Migration, die sie als entscheidend für den Schutz lebenswichtiger nationaler Interessen ansehen. Der Grad der Kritik variiert jedoch zwischen diesen Parteien. Diejenigen, die eher euroskeptisch und

souveränistisch eingestellt sind, wie der RN und in geringerem Maße die AfD und die FPÖ, neigen dazu, sich vehementer und prinzipieller gegen internationale und europäische Regelungen für die Migration auszusprechen. Andere – insbesondere die beiden italienischen Parteien – konzentrieren sich eher auf deren wahrgenommene Unwirksamkeit oder damit einhergehende Einschränkungen. Dies ist zum Teil das Ergebnis unterschiedlicher geografischer Kontexte, da die Frontstaaten in Südeuropa die Hauptlast der Migrationsströme tragen und stärker auf Zusammenarbeit angewiesen sind, um irreguläre Migration zu steuern und ihre Grenzen zu sichern.

Der RN befürwortet die radikalsten Änderungen des internationalen und EU-Rechts im Bereich der Migration. Die Partei schlägt vor, die französische Verfassung zu ändern, um sicherzustellen, dass nationales Recht Vorrang vor internationalem und EU-Recht hat. Die Justizbehörden sollen so in die Lage versetzt werden, in den Bereichen Migration und Grenzkontrolle ohne Einschränkungen durch EU-Vorschriften und internationale Verpflichtungen handeln zu können (RN 2022a: 12, 25, 42). Die Partei plant außerdem ein Referendum, um den Vorrang der französischen Verfassung zu bekräftigen und um darin einen neuen Rechtsrahmen für ihre Migrationsagenda zu verankern (RN 2022a, 2024a: 9). Diese Maßnahmen zielen darauf ab, den Einfluss des internationalen und EU-Rechtsrahmens auf die französische Migrationspolitik drastisch zu reduzieren.

Die AfD lehnt die Vergemeinschaftung des Aufenthalts- und Asylrechts ab und setzt sich für deren Rücknahme ein. So fordert sie, das Gemeinsame Europäische Asylsystem aus den europäischen Verträgen zu streichen und die Asyl- und Einwanderungspolitik wieder in nationale Zuständigkeit zu überführen, ähnlich wie es derzeit in Dänemark der Fall ist (AfD 2021: 86). Sie befürwortet auch den sofortigen Austritt aus internationalen Verträgen wie dem UN-Migra-

tionspakt und dem UN-Flüchtlingspakt. Die Partei argumentiert, dass diese Abkommen zwar nicht bindend sind, aber letztendlich in nationales Recht übernommen werden (AfD 2021: 96) – eine Haltung, die in ihrem jüngsten Wahlprogramm für die EU-Wahlen bekräftigt wird (AfD 2024: 14). Ähnlich, wenn auch knapper, spricht sich die FPÖ auch gegen europäische Rechtsvorschriften zur Migration aus und lehnt jeden EU-Migrationspakt ab, der angeblich illegale Einwanderung nach Europa „fördern“ würde (FPÖ 2024a: 7). Darüber hinaus rühmte sich die Partei 2019 dafür, dass sie während ihrer Regierungszeit dem Globalen Pakt für Migration der Vereinten Nationen nicht zugestimmt habe (FPÖ 2019: 5). Unter dem Schlagwort der ‚Souveränität‘ kündigt die Partei in ihrem jüngsten Wahlprogramm an, dass sämtliche internationalen Verträge zum Nachteil Österreichs auf den Prüfstand gestellt werden sollen sowie die Rechtsprechung von supranationalen Gerichten, etwa im Bereich des Familiennachzugs, nicht mehr anerkannt wird (FPÖ 2024c: 32-33).

VOX verteidigt ebenfalls den Vorrang des nationalen Rechts vor dem europäischen Recht, obwohl diese Forderung nicht speziell mit der Migrationsgesetzgebung verbunden ist. Ihre Vorschläge konzentrieren sich allgemeiner auf die Wiederherstellung oder Aufrechterhaltung der Souveränität. Nur im Wahlprogramm für die EU-Wahl 2024 findet sich ein Satz, der die Abschaffung von EU-Regulierungen zu Quoten und Umsiedlungsmechanismen fordert, sowie die Aufrechterhaltung der Souveränität der Mitgliedstaaten über die Einwanderung verteidigt (VOX 2024: 16). In ihrem Wahlprogramm von 2023 spricht die Partei noch von der „gerechten Verteilung“ der Asylberechtigten.

Im Vergleich zu anderen rechtspopulistischen Parteien ist der Widerstand der italienischen Parteien gegen internationale und europäische Regelungen zur Migration weniger grundsätzlicher Natur. Vielmehr konzentrieren sie sich darauf, die Grenzen internationaler Kooperationen zu thematisieren und praktische Lösungen vorzuschlagen. So betont die Lega in ihrem Wahlprogramm 2024, die Bedeutung einer Stärkung der europäischen Grenzverteidigung. Gleichzeitig kritisiert die Lega den Asyl- und Migrationspakt der EU, da er Italien als Flüchtlingslager für die EU behandelt. Sie fordert eine stärkere Unterstützung der EU für die unmittelbar betroffenen Mitgliedstaaten durch die Finanzierung von Maßnahmen zur Verhinderung illegaler Grenzübertritte, sowohl zu Wasser als auch zu Lande (Lega 2024: 15). In ähnlicher Weise unterstützt die FdI eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der EU und befürwortet die Stärkung von EU-Agenturen wie Frontex, Europol und Eurodac, um Migration und Grenzsicherheit besser zu steuern (FdI 2024: 12).

Diese Forderungen sind jedoch nicht nur auf die italienischen Parteien beschränkt. Alle Parteien befürworteten Maßnahmen zur Stärkung des Schutzes der EU-Au-

ßengrenzen. So fordert die AfD, dass die Investitionen der EU in wirksame Grenzschutzmaßnahmen deutlich erhöht werden sollten (AfD 2024: 17). Der RN fordert, dass Frontex ermächtigt wird, illegale Migrantinnen und Migranten zurückzudrängen (RN 2024a: 5).

4. ERGEBNISSE

Die AfD wird oft als eine der radikalsten rechtspopulistischen Parteien in Europa wahrgenommen, was angesichts ihrer migrationsfeindlichen Sprache und der engen Verbindungen der Partei zu extremistischen Gruppen sicherlich nicht unberechtigt ist. Betrachtet man jedoch die Wahlprogramme und offiziellen politischen Positionen, wird diese Wahrnehmung weniger eindeutig. Die Positionen der AfD sind zwar offensichtlich migrationsfeindlich, aber nicht unbedingt extremer als die Positionen anderer rechtspopulistischer Parteien in Europa. Dies gilt insbesondere im Vergleich zum RN, der in unserer Analyse nicht weniger extrem erscheint als die AfD.

Dies ist angesichts der jüngsten Bemühungen des RN, sich von der AfD zu distanzieren und gemäßigter erscheinen zu wollen als ihr deutsches Pendant, einigermaßen überraschend. Die Kritik des RN an der AfD scheint daher eher auf Bedenken hinsichtlich der ‚öffentlichen Seriosität‘ als auf Meinungsverschiedenheiten in konkreten politischen Fragen zurückzuführen zu sein.¹⁶ Dieser Schluss lässt sich zumindest aus dem Vergleich der Wahlprogramme ziehen. Denn beide Parteien stimmen in ihren Ansichten zur Einwanderungs- und Grenzpolitik weitgehend überein, in manchen Hinsichten erweist sich der RN sogar als radikaler. Während der RN beispielsweise die Familienzusammenführung grundsätzlich ablehnt, konzentriert sich die AfD auf die Einschränkung dieses Rechts im speziellen Fall von Flüchtlingen und Asylsuchenden. In ähnlicher Weise würde die Verteidigung einer Regelung der nationalen Präferenz – insbesondere bei der Arbeitsmigration – durch den RN eine umfassendere Überarbeitung der Antidiskriminierungsvorschriften bedeuten, als die von der AfD vorgeschlagene Einführung von sektoralen Quoten.

Der RN ist jedoch nicht in allen Punkten radikaler als die AfD. Während diese beispielsweise Reformen des Asylsystems unterstützt, die die Überstellung von anerkannten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Drittstaaten einschließen würden (wie ihre Unterstützung des australischen Modells im Jahr 2021 und des Ruanda-Plans im Jahr 2024 zeigt), impliziert die Haltung des RN zur Bearbeitung von Asylanträgen im Ausland nicht automatisch, dass Personen, denen Asyl gewährt wurde, der Zugang zum französischen Hoheitsgebiet verweigert wird. Während der RN die Beseitigung aller rechtlichen Hindernisse für Abschiebungen befürwortet und vorschlägt, dass Abschiebungsentscheidungen vom Parlament und nicht von Richtern getroffen werden, schlägt

¹⁶ Dies ist im Wesentlichen dasselbe Argument, das McDonnell und Werner (2018) anführen, wenn sie die Bündnisstrategien der rechtsradikalen Parteien im Europäischen Parlament und die Gründe dafür untersuchen, warum es keine einheitliche Gruppe gibt.

die AfD eine „Abschiebeoffensive“ vor, die darauf abzielt, die Gesamtzahl der zurückzuführenden Personen zu verringern. Insgesamt legt die AfD auf diesen Aspekt einen größeren Schwerpunkt und versucht, die Zahl der derzeit in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten zu verringern. Damit rückt die AfD politisch näher an rechts-extremistische Gruppen, die nicht nur gegen Migration sind, sondern auch aktiv versuchen, die deutsche Migrationsgeschichte der letzten Jahrzehnte umzukehren.

Während die FPÖ und VOX, ähnlich wie der RN und die AfD, eine stark souveränistische Haltung vertreten und gelegentlich durch besonders radikale Vorschläge auffallen – wie etwa ein „Verbot von Asyl auf europäischem Boden“ (FPÖ) oder die „sofortige Ausweisung aller irregulären Migranten“ (VOX) –, mangelt es ihren Programmen an Präzision und sie wirken häufig eher verkürzt. Im Gegensatz dazu verfügt der RN über das detaillierteste Migrationsprogramm aller Parteien. Dieser Unterschied ist bemerkenswert und deutet darauf hin, dass ein Teil der Strategie der Partei darin besteht, durch die Entwicklung eines umfassenderen Programms seine „Regierungsfähigkeit“ unter Beweis zu stellen.

Die Vorschläge des RN (wie auch der FPÖ) stellen die Hypothese in Frage, wonach rechtspopulistische Parteien tendenziell gemäßigter werden, je näher sie dem Ziel kommen, die Macht zu erringen. Zumindest im Bereich der Migrationspolitik lassen unsere Befunde an dieser Hypothese Zweifel aufkommen. Gleichwohl wird sie bei den in dieser Studie betrachteten Regierungsparteien, insbesondere der italienischen Lega und den Fratelli d'Italia (FdI), weitgehend bestätigt. Diese beiden Parteien haben fast vollständig darauf verzichtet, extreme Positionen einzunehmen. Besonders auffällig ist dies bei der FdI, die zwar eine sicherheitspolitische Grundhaltung zur Migration beibehält, ihre Position jedoch in mehreren Bereichen abge-

schwächt hat. So unterstützt die FdI im Wahlprogramm 2019 noch „Quoten für die reguläre Einwanderung nur für Nationalitäten, die ihre Integration bewiesen haben und kein Sicherheits- oder Terrorismusrisiko darstellen“. In ihrem aktuellen Wahlprogramm fordert die FdI hingegen lediglich noch „Quoten für die reguläre Einwanderung basierend auf der Abstammung von Arbeitsnachfrage und -angebot“. Auch die Haltung der FdI zur EU ist gemäßigter geworden: Anstatt wie 2019 den Vorrang des nationalen Rechts zu betonen, was andere rechtspopulistische Parteien weiterhin tun, zeigt sich die FdI nun zurückhaltender.

Trotz der in der vergleichenden Analyse herausgearbeiteten Unterschiede zeigt sich unter den rechtspopulistischen Parteien insgesamt eine bemerkenswerte Einigkeit. Diese Parteien stimmen weitgehend darin überein, die Migrationspolitik und Asylverfahren auszulagern, die Abschiebequoten zu erhöhen, die Grenzkontrollen zu verschärfen und die Entwicklungshilfe an die Zusammenarbeit in Migrationsfragen zu koppeln. Unterschiede in den Positionen oder Schwerpunkten reflektieren oft verschiedene geografische oder migrationspolitische Kontexte. Während die rechtspopulistischen Parteien in Südeuropa vor allem die Seemigration in den Fokus rücken, liegt der Schwerpunkt ihrer Pendanten in Mitteleuropa eher auf der Kontrolle der EU-internen Migration.

Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass diese Studie sich ausschließlich auf die Parteiprogramme konzentriert und sich stark auf die Wortwahl in diesen Dokumenten stützt. Obwohl dies eine wesentliche Quelle für die Bewertung der politischen Versprechen der Parteien darstellt, ist sie nicht die einzige. Zukünftige Studien könnten daher alternative Quellen untersuchen und eine größere Anzahl von Ländern berücksichtigen, um ein umfassenderes Bild zeichnen zu können.

LITERATURVERZEICHNIS

- Almeida, Dimitri* 2013: Towards a Post-Radical Front National? Patterns of Ideological Change and Dediabolisation on the French Radical Right In: Nottingham French Studies, 52(2), 167-176.
- Alternative für Deutschland (AfD)* 2013: Wahlprogramm. Parteitagsbeschluss vom 14.04.2013. Verfügbar unter: https://manifesto-project.wzb.eu/download/originals/41953_2013.pdf (letzter Zugriff: 06.08.2024).
- Alternative für Deutschland (AfD)* 2015: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Verfügbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf (letzter Zugriff: 06.08.2024).
- Alternative für Deutschland (AfD)* 2017: Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Verfügbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf (letzter Zugriff: 06.08.2024).
- Alternative für Deutschland (AfD)* 2019: Europawahlprogramm. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019. Verfügbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2019/03/AfD-Europawahlprogramm_A5-hoch_web_150319.pdf (letzter Zugriff: 06.08.2024).
- Alternative für Deutschland (AfD)* 2021: Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. Verfügbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD-Programm_2021.pdf (letzter Zugriff: 06.08.2024).
- Alternative für Deutschland (AfD)* 2024: Europawahlprogramm 2024. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament. Verfügbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/12/AfD-EW-Programm_2024.pdf (letzter Zugriff: 06.08.2024).
- Angeli, Oliviero* 2023: Giorgia Meloni und die Migrationsfrage: Rückblick auf ein Jahr Regierung. MIDEM-Policy Paper 2023-4, Dresden.
- Beck, Kilian* 2024: Diskursverschiebung per TikTok und „Kryptobros“: Wie die AfD und ihr Vorfeld junge Menschen „manipulieren“. Verfügbar unter: <https://www.fr.de/politik/afd-vorfeld-rechtsextreme-identitaere-potsdam-deportation-maximilian-krah-junge-alternative-zr-92829289.html> (letzter Zugriff: 06.08.2024).
- Bensmann, Marcus / von Daniels, Justus / Dowideit, Anette / Peters, Jean / Keller, Gabriela* 2024: Geheimplan gegen Deutschland. Verfügbar unter: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> (letzter Zugriff: 06.08.2024).
- Bingener, Reinhard / Haupt, Friederike* 2024: Ärger im Paradies. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.04.2024, S. 3.
- Dennison, James / Geddes, Andrew* 2021: The Centre No Longer Holds: The Lega, Matteo Salvini and the Remaking of Italian Immigration Politics." In: Journal of Ethnic and Migration Studies 48(2), 441-460. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/1369183X.2020.1853907> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Dennison, James / Geddes, Andrew / Goodwin, Matthew* 2018: Why Immigration Has the Potential to Upend the Italian Election. In: The London School of Economics and Political Science, 17.01.2018. Verfügbar unter: <https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2018/01/17/why-immigration-has-the-potential-to-upend-the-italian-election/> (letzter Zugriff: 23.09.2024).
- Diamanti, Giovanni / Pregliasco, Lorenzo* 2019: Fenomeno Salvini: Chi è, come comunica, perché lo votano. Lit Edizioni.
- Fratelli d'Italia (Fdl)* 2013: Le sfide per l'Italia. Verfügbar unter: <https://www.fratelli-italia.it/le-sfide-per-l-italia-9-gennaioopomeriggio/> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Fratelli d'Italia (Fdl)* 2014: In Europa a testa alta. Verfügbar unter: <https://www.fratelli-italia.it/programma-europa/> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Fratelli d'Italia (Fdl)* 2017: Le Tesi di Trieste per il movimento dei patrioti. Verfügbar unter: <https://www.fratelli-italia.it/letesi-trieste/> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Fratelli d'Italia (Fdl)* 2018: Il voto che unisce l'Italia. Verfügbar unter: <https://www.flipsnack.com/fratelliditalia/programma-in-sintesi.html> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Fratelli d'Italia (Fdl)* 2019: Programma elezioni europee. Verfügbar unter: <https://www.fratelli-italia.it/wp-content/uploads/2019/04/Programma-completo-1.pdf> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Fratelli d'Italia (Fdl)* 2022: Pronti a risollevere l'Italia. Verfügbar unter: https://www.fratelli-italia.it/wp-content/uploads/2022/08/Brochure_programma_Fdl_qr_def.pdf (letzter Zugriff: 18.10.2023).

Fratelli d'Italia (FdI) 2024: Con Giorgia l'Italia cambia l'Europa. Verfügbar unter: <https://www.fratelli-italia.it/programma-europa-2024/> (letzter Zugriff: 18.07.2024).

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 2013: Liebe Deinen Nächsten. Wahlbroschüre der Freiheitlichen Partei Österreich zur Nationalratswahl 2013. Verfügbar unter: https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/global/Faltblatt_NRW_2013.pdf (letzter Zugriff 06.08.2024).

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 2019: Mit Sicherheit für Österreich: Fair. Sozial. Heimattreu. Wahlprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs zur Nationalratswahl 2019. Verfügbar unter: https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fbi-politikschule.at/blaues_oesterreich/Wahlprogramme/Wahlprogramm_NRW_2019_Mit_Sicherheit_fuer_OEsterreich_nur_online.pdf (letzter Zugriff: 06.08.2024).

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 2024a: Vorhang auf für unser Österreich. Frei. Sicher. Neutral. Verfügbar unter: https://www.fpo.e.at/fileadmin/user_upload/www.fpo.e.at/Websites/EU-Wahl_2024/Wahlprogramm/Wahlprogramm_20x20_Web.pdf (letzter Zugriff: 06.08.2024).

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 2024b: Asylstopp, „Festung Österreich“, Familiennachzug stoppen – drei Gebote gegen illegale Masseneinwanderung! Verfügbar unter: <https://www.fpo.e.at/artikel/asylstoppfestung-oesterreich-familiennachzug-stoppen-drei-gebote-gegen-illegale-masseneinwande/> (letzter Zugriff 06.08.2024).

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 2024c: Festung Österreich. Festung der Freiheit. Wahlprogramm für die Nationalratswahl 2024. Verfügbar unter: https://www.fpo.e.at/fileadmin/user_upload/www.fpo.e.at/NRW2024/PDF/Wahlprogramm_A4_Langversion_oS_web.pdf (letzter Zugriff: 11.09.2024).

Georgi, Oliver 2024: Populismusmaschine. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.03.2024, S. 4.

Giorgiameloni.it 2023: Le tesi di Trieste. Verfügbar unter: <https://www.giorgiameloni.it/tesitrieste/> (letzter Zugriff: 25.02.2023).

Ignazi, Piero 2005: Legitimation and Evolution on the Italian Right Wing: Social and Ideological Repositioning of Alleanza Nazionale and the Lega Nord. In: South European Society and Politics 10(2), 333–349.

Ivaldi, Gilles 2016: A New Course for the French Radical-Right? The Front National and 'De-Demonization. In: Akkerman, Tjitske / de Lange, Sarah / Rooduijn, Matthijs (ed.): Radical Right-Wing Populist Parties in Western Europe. Into the Mainstream? Routledge.

Lega Nord 2013: Programma Elezioni Politiche 2023. Verfügbar unter: <https://www.leganord.org/phocadownload/elezioni/politiche/Programma%20Politiche%202013.pdf> (letzter Zugriff: 25.02.2023).

Lega Nord 2018: La rivoluzione del buonsenso: Elezioni 2018, Salvini Premier: Programma di Governo. Verfügbar unter: <https://www.leganord.org/component/tags/tag/programma-elettorale> (letzter Zugriff: 25.02.2024).

Maurer, Marcus / Jost, Pablo / Schaaf, Marlene / Sülflow, Michael / Kruschinski, Simon 2023: How Right-Wing Populists Instrumentalize News Media: Deliberate Provocations, Scandalizing Media Coverage, and Public Awareness for the Alternative for Germany (Afd). In: The International Journal of Press/Politics, 28(4), 747-769. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/19401612211072692> (letzter Zugriff: 25.02.2024).

Mendes, Mariana / Dennison, James 2020: Explaining the Emergence of the Radical Right in Spain and Portugal: Salience, Stigma and Supply. In: West European Politics, 44(4), 752-775. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/01402382.2020.1777504> (letzter Zugriff: 05.08.2024).

Passanelli, Gianluca / Tuorto, Dario 2018: La Lega di Salvini: Estrema destra di governo. Il Mulino.

Rama, José / Zanotti, Lisa / Turnbull-Dugarte, Stuart J. / Santana, Andrés 2021: VOX: The rise of the Spanish Populist Radical Right. Routledge.

Rassemblement National (RN) 2022a: Livret Thématique: Contrôler L'Immigration. Verfügbar unter: <https://rassemblementnational.fr/documents/projet/projet-contrôle-de-l'immigration.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2024).

Rassemblement National (RN) 2022b: 22 mesures pour 2022. Verfügbar unter: <https://rassemblementnational.fr/22-mesures> (letzter Zugriff: 05.08.2024).

Rassemblement National (RN) 2024a: La France Revient, L'Europe Revit! Verfügbar unter: <https://vivementle9juin.fr/storage/Programme.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2024).

Rassemblement National (RN) 2024b: Bardella Premier Ministre. Verfügbar unter: <https://rassemblementnational.fr/documents/202406-programme.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2024).

Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) 2021: Stellungnahme: Menschenrechte und Genfer Flüchtlingskonvention als Richtschnur. Möglichkeiten und Grenzen einer rechtskonformen Auslagerung von Asylverfahren in Transit- oder Drittstaaten. Verfügbar unter: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2024/06/SVR-Stellungnahme_Externalisierung_Asylverfahren.pdf (letzter Zugriff: 06.08.2024).

Shields, James 2014: The Front National: From Systematic Opposition to Systemic Integration? In: *Modern & Contemporary France*, 22(4), 491-511. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/09639489.2014.957964>. (letzter Zugriff: 04.09.2024).

Stockemer, Daniel / Barisone, Mauro 2017: The 'New' Discourse of the Front National under Marine Le Pen: A Light Change with a big Impact. In: *European Journal of Communication*, 32(2), 441-460. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/0267323116680132>. (letzter Zugriff: 04.09.2024).

Thomson, Robert / Royed, Terry / Naurin, Elin / Artés Joaquín / Costello, Rory / Ennser-Jedenastik, Laurenz / Ferguson, Mark / Kostadinova, Petia / Moury, Catherine / Pétry, François / Praprotnik, Katrin 2017: The Fulfillment of Parties' Election Pledges: A Comparative Study on the Impact of Power Sharing. In: *American Journal of Political Science*, 61, 527-542. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1111/ajps.12313> (letzter Zugriff: 04.09.2024).

Thym, Daniel 2024: Expert Opinion on Legal Requirements for Safe Third Countries in Asylum Law and Practical Implementation Options In: SSRN, 03.04.2024. Verfügbar unter: <https://ssrn.com/abstract=4867211> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.4867211> (letzter Zugriff: 04.09.2024).

Vampa, Davide 2023: *Brothers of Italy: A New Populist Wave in an Unstable Party System*. Springer Nature.

VOX 2019: 100 medidas para la España Viva. Verfügbar unter: https://www.voxespana.es/wp-content/uploads/2019/04/100medidasngal_101319181010040327.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2024).

VOX 2021: Agenda España. Verfügbar unter: <https://www.voxespana.es/agenda-espana> (letzter Zugriff: 05.08.2024).

VOX 2023: Un Programa para lo que importa. Verfügbar unter: <https://www.voxespana.es/programa/programa-electoral-vox> (letzter Zugriff: 05.08.2024).

VOX 2024: Programa Electoral Europeas 2024 - Nos van a Oír. Verfügbar unter: <https://www.voxespana.es/programa/otras-propuestas-de-vox/programa-electoral-de-vox-elecciones-europeas> (letzter Zugriff: 05.08.2024).

Weidel, Alice 2024, 26. August: Ich fordere ein Moratorium: ...; X Alice Weidel. Verfügbar unter: https://x.com/Alice_Weidel/status/1828056204121174367 (letzter Zugriff: 28.08.2024).

Wiegel, Michaela 2024: Le Pen droht der AfD. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.01.2024. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.05.2024. Verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/le-pen-droht-der-afd-diskussion-ueber-remigration-19473935.html> (letzter Zugriff: 06.08.2024).

Wiegel, Michaela / Gutschker, Thomas / Haupt, Friederike / Frasch, Timo 2024: Le Pen bricht wegen Krahs SS-Äußerungen mit AfD. Verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/le-pen-bricht-mit-afd-wie-maximilian-krah-das-fass-zum-ueberlaufen-brachte-19734138.html> (letzter Zugriff: 06.08.2024).

AUTORIN UND AUTOREN

OLIVIERO ANGELI

Oliviero Angeli ist wissenschaftlicher Koordinator des Mercator Forums für Migration und Demokratie (MIDEM) an der TU Dresden. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören insbesondere Fragen der Demokratie- und Migrationsforschung sowie der modernen politischen Theorie.

MARIANA S. MENDES

Mariana S. Mendes ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) an der TU Dresden. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Migrationspolitik, Rechtsextremismus sowie portugiesische und spanische Politik.

STEVEN SCHÄLLER

Steven Schäller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) an der TU Dresden. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die lokale Governance von Migration, Populismus sowie Integrations- und Teilhabegesetze in den Bundesländern.

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:

- Zugehörigkeit, Identität und Zusammenhalt
- Politische und gesellschaftliche Polarisierung
- Nationale Governance von Migration
- Lokale Governance von Migration

MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie zu erstellen
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten

IMPRESSUM

ISSN 2570-1770

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
Institut für Politikwissenschaft
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli
Johanna Haupt

Gestaltung:

VOLLBLUT GmbH & Co. KG

© MIDEM 2024

MIDEM ist ein Forschungszentrum an der Technischen Universität Dresden, gefördert durch die Stiftung Mercator.

